

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Druck und Versand Joh. van Riken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

## Pfingstfreude.

Pfingsten! Pflug und Räder stehen,  
 Feiertag geht um im Land.  
 Laßt die Mägen lustig wehen,  
 Schmückt sie mit dem bunten Band.  
 Glockenklänge ziehn voll Weiche  
 Weit hinaus zum Waldesaum,  
 Weben mit des Himmels Bläue  
 Wundersamem Pfingstentraum.  
 Mägen senden uns im Winde  
 Liebreich ihren Frühlingsdust,  
 Veilchen blühen an der Linde,  
 Bienschon summen in der Luft.  
 Vogelstimmchens Melodien,  
 Kuckucks-Rufe silberhell — —  
 Soll's in deiner Brust auch blühen,  
 Lausche diesem Liederquell.  
 Laßt den Himmel auf die Erde,  
 Deffnet Tore, Herzen weit,  
 Daß auch Pfingsten in euch werde  
 In des Mägen Wonnezelt.  
 Steigt empor der Pfingsten-Morgen,  
 Sei, was trübe ist, verbannt,  
 Gebt auch Ruhe heut den Sorgen. — —  
 Engel ziehn durch das Land.

Albin Bergmann.

## Was uns zur Organisation zwingt.

Wir stehen auf Neuland. Daß wir da sind, kann niemand mehr übersehen, aber unser Dasein wird noch zu wenig als das von Gleichberechtigten anerkannt.  
 Und mehr und mehr lernen wir einsehen, daß eine Besserung dieses Zustandes nicht von außen zu erwarten ist, sondern daß die einzige Rettung in uns selber liegen muß. Und sie kann in uns liegen, weil wir die Kraft zur Entwicklung haben.  
 Der Wille zur Entwicklung ist die Grundforderung. Keinen Erfolg wird es geben ohne diesen Willen. Und der einzige Weg zur Entwicklung ist die Organisation.  
 Noch stehen wir in heißem Kampf. Unsere wirtschaftliche Existenz kann uns heute und morgen wie Sand unter den Füßen wegrinnen. Unsere und unserer Familien Existenz ist einzig auf der Arbeit unserer Hände aufgebaut. Und darin sind wir abhängig vom Unternehmertum. Hier stehen sich die wirtschaftlichen Interessen schroff gegenüber. Und wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Gegner, wenn auch in der Minderzahl, über die größeren Machtmittel verfügen. Und wir werden ihnen nur dann wirksam entgegentreten können, wenn wir einig sind. Wir kämpfen Tag für Tag gegen die anstürmenden Wellen einer großen Flut. Wie können wir unseren Boden sichern, wie können wir den Damm bauen, wenn nur ein kleiner Teil am Werke ist und Tausende müßig zuschauen oder in kleinlichen Sonderbestrebungen von uns sich abschließen! Keine Zersplitterung unseres Standes! In den wichtigsten und hauptsächlichsten Bestrebungen können wir Hand in Hand gehen. Jeder Zwiespalt in unseren Reihen wirft uns um Jahrzehnte in unserem Wirken zurück. Und jeder, der nicht mit uns arbeitet, hemmt das Werk von zehn anderen. Dieses Bewußtsein muß jeden von uns vollständig durchdringen. Straffes Festhalten an der Organisation ist die erste Pflicht jedes Organisierten. Und nach Erkenntnis dieser Notwendigkeit und des Wesens und der Aufgabe der Organisation mitreißende Agitation unter den noch Abseitsstehenden ist die ebenso dringliche zweite Pflicht. Wenn ein jeder auch nur einen Einzigen zum Anschluß bewegen könnte, so wäre unsere Zahl in absehbarer Zeit glatt verdoppelt. Unaufhörliche Kleinarbeit jedes Einzelnen muß die flammende Parole jedes neuen Tages sein.  
 Der Kampf unserer Gegner zwingt uns zum Zusammenschluß. Mehr und mehr ver-

einigen sie sich in straffen Verbänden, werfen ungeheure Mittel aus und verfolgen mit weitem Blick und mit Auswendung größter Intelligenz ihre Ziele. Wie wollen wir weiterkommen, die wir nicht die gleichen materiellen Möglichkeiten haben, wenn wir unsere Zahl nicht verdoppeln und verdreifachen. Gewiß, unsere Organisation hat schon viel erreicht, hat glänzende Siege an ihre Fahnen geheftet, aber der letzte große Kampf steht noch bevor. Und noch stehen mehr als zwei Drittel der Arbeiter den Organisationen fern. Da schlummern noch Tausende, die wir in unsere Reihen ziehen müssen. Wir können es, aber wir müssen mit strenger Selbstzucht ans Werk gehen. Stumpfheit ist da das größte Uebel. Und zappelnde Ungebuld und raschverlobernde Begeisterung darf bei uns nicht sein. Wir müssen nicht mit der einen Hand opfern und mit der andern den Lohn dafür nehmen wollen. Nur unablässige, geduldige Arbeit, sicheren Blick für die ferneren Ziele, unerschütterliche Gewißheit des Erfolges können uns weiterhelfen. Aber der Einzelne, mag er noch so viel Verständnis und Opfermut aufbringen, wird zerdrückt wie die Fliege an der Wand. Wir wollen nicht die Augen verschließen. Ohne Zusammenschluß, ohne einheitliche Führung wird das beste Heer in den Boden gestampft. Nur die Organisation kann planvoll und einheitlich aufklären und weiterführen. Nur die Organisation kann den Kampf um die Interessen unseres Standes wirksam aufnehmen.

Das soziale Verständnis kann nur aus dem Boden der völkischen Entwicklung erwachsen. Es wird nicht wie ein Regenbogen vom Himmel kommen und uns nicht wie ein Geschenk in den Schoß geworfen werden. Sondern wir müssen es erkämpfen. Und das können wir nur, indem wir alle Möglichkeiten der Entwicklung ausbauen und alle Hemmungen aus dem Wege räumen. Wir müssen den Kampf in uns und um uns führen. Einmal gegen schwächliches Festhalten an Ueberlieferungen einer uns wesensfremden Zeit, gegen kleinliche Selbstsucht, Verständnislosigkeit und Verworfenheit. Die Mittel und Wege zu diesem Kampf gibt uns aber in der Hauptsache wieder die Organisation. Eine gründliche Ausbildung in wirtschaftlichen und soziologischen Fragen wird uns überraschend schnell die Forderungen der heutigen Zeit erkennen lassen. Und wenn wir sie erkannt haben, werden wir unausweichlich einsehen, daß diese Forderungen nur von der Organisation durchgesetzt werden können. Nur sie kann Presse und Parlament beeinflussen. Nur sie kann in erfolgreicher Weise den Staat zu einem sozialen machen. 40 Millionen — mehr als die Hälfte unseres Volkes — sind als Arbeitnehmer oder als deren Angehörige von den Arbeitgebern abhängig. 40 Millionen: sie sind die Kraft und die Unterlage der Entwicklung, die Zukunftshoffnung unseres Vaterlandes. Die Gesamtheit muß einsehen, daß hier das Kraftzentrum unseres Volkes liegt. Das staatsbürgerliche Bewußtsein jedes Einzelnen muß geweckt werden, daß er sich als Glied des Ganzen fühlt. Bewußte Mitarbeit am Staate muß angeregt werden. Die Menschenrechte jedes Einzelnen müssen respektiert werden. Das Verantwortlichkeitsgefühl muß gestärkt werden. Alle Dinge, die der Einzelne nie und nimmer erreichen kann, die das Arbeitsfeld einer großen Organisation bilden und die letzten Endes um so schneller verwirklicht werden, je mehr Gehirne an der Arbeit sind, je mehr Hände sich verbinden.

Es ergibt sich schon aus dem Vorhergehenden, daß Entwicklung nicht nur im Niederreißen von Widerständen, sondern auch im Aufbauen neuer Werte besteht. Was wir wollen und was wir durch unsere Organisationen erreichen können, ist nicht nur die Beseitigung manches Hemmenden, die Sprengung manches Druckes, sondern auch die Möglichkeit kulturellen Fortschritts. In uns schlummern noch viele ungeweckte und unverbrauchte Kräfte. In zaghaften Aeußerungen hat sich schon oft die Teilnahme unseres Standes an Wissenschaft, Kunst und Kultur gezeigt. Und wie eine dumpfe Sehnsucht lebt in uns der Drang nach inhaltreichem Leben. Was will der Einzelne tun, um diesen

Keinen Licht und Luft zu verschaffen? Wir wollen unser Leben ausbauen, wir wollen unser Tagewerk krönen mit dem Glanze des Guten und Schönen, aber solange wir allein stehen, müssen wir verkümmern wie magere Bäumchen im Bergwind. Der Wald muß wachsen, der dem einzelnen Halt und Heimat gibt, der feindlichen Gewalten stand halten kann. Die Organisation muß sich durchsetzen. Nur sie kann den Kampf ums Recht und nur sie kann auch den Kampf um die Kultur führen. Wir wollen nicht nur Gleichberechtigung in den äußeren Forderungen des Daseins, sondern wir wollen auch zu den ewigen Quellen des jugendfrischen, volltätigen Lebens vordringen. Dieser Weg führt ja wohl nur über die Walfahrt des Daseins- und Rechtskampfes, aber wir wollen mehr und mehr über die Siegeszeichen dieses äußeren Kampfes hinwegsehen und unseren Blick auf die Tempelzinnen des ferneren, hohen und reinen Menschentums richten. Wir fühlen ja deutlich und drängend in uns die Kraft, dieses Ziel zu erreichen. Und wir sehen Tag für Tag mehr ein, daß wir es nur durch uns selbst erreichen können. Darum wollen wir nur auf unsere Tat bauen! Und weil unsere Tat nichts ist, wenn sie nicht von Tausenden getan wird, darum ist die Organisation unsere Hoffnung.

## Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne in der Textilindustrie.

### 2. Das Wollgewerbe.

Die Form der Aktiengesellschaft ist im Textilgewerbe weniger häufig als in anderen Zweigen der deutschen Industrie. Im Jahre 1912 wurden rund 360 Aktiengesellschaften in der Textilindustrie gezählt, im Vergleich zu den mehreren Tausend Einzelunternehmungen verhältnismäßig wenig. Diese brauchen keine öffentliche Rechenschaft über ihre Geschäfte zu geben, sodaß man über ihren Gewinn oder Verlust im Unklaren bleibt. Jedoch lassen die Berichte der Aktiengesellschaften auch einen Schluß zu auf die Gewinnverhältnisse des Einzelunternehmers.

Wir bringen nun zunächst eine Darstellung von 127 Gesellschaften verschiedener Branchen, die bis April ihre Abschlüsse veröffentlicht hatten. Sie ist der Colverischen Konjunktur entnommen und ergibt im Vergleich zum Jahre 1912 eine Steigerung der Durchschnittsdividende. Der Gewinn dieser Gesellschaften stieg von 22,22 Mill. M. im Jahre 1912 auf 22,32 Mill. M. im vergangenen Jahre. Die Steigerung ist zwar mäßig, aber es ist zu berücksichtigen, daß das Jahr 1912 ein recht günstiges war und im Jahre 1913 einige Gruppen besonders schlecht abgeschnitten haben, wodurch das Durchschnittsergebnis wesentlich beeinträchtigt wird. Der Geschäftsgang in der Textilindustrie war ja im vergangenen Jahre nicht einheitlich. Jedenfalls ist das Ergebnis für die Textilkonkurrenz günstiger als für die Textilarbeiter, denn diese konnten beim Abschluß des Jahres 1913 im allgemeinen keine Verbesserung ihrer Einkommens- und Lebensverhältnisse feststellen. Wir haben im vorigen Artikel schon nachgewiesen, daß sich die Unternehmer und Aktionäre durch hohe Rücklagen in guten Jahren für schlechtere Zeiten eine ansehnliche Rente sichern, sodaß die Arbeiter die Folgen der Konjunkturrückfälle in der Hauptsache allein zu tragen haben. Von welcher rücksichtslosen Gewinnsucht sich manche Kapitalisten dabei leiten lassen, geht hervor aus dem Bericht der Leipziger Kämmgarnspinnerei. Sie hat im Jahre 1912 10 Prozent verteilt, im vergangenen Jahre haben sich die Aktionäre jedoch mit 5 Prozent begnügen müssen. Das ist immerhin noch eine gute Verzinsung. Es haben außerdem hohe Abschreibungen und Rücklagen gemacht, häßliche Vergütungen den Direktoren und Aufsichtsratsmitgliedern gewährt werden können. Dennoch behauptet die Generalversammlung, daß die Betriebsleitung „zu lange mit Arbeiterentlassungen gezögert habe“. Das habe das Dividendenresultat beeinträchtigt. Also in guten Jahren sollen sich die Arbeiter für schlechte Löhne plagen und mühen, damit die Herren Aktionäre eine hohe

Dividenden einfachen können, zum Dank dafür sollen sie bei schlechten Zeiten — auf die Straße geworfen werden. Ob sie anderwärts wieder unterkommen, ob ihre Familien Armut und Not leiden, — die Sorge der Aktionäre ist nur auf eine hohe Dividende gerichtet. Sie werten die Arbeiter nur als Ausnutzungsojekt.

In den wichtigsten Gruppen des Textilgewerbes wurden folgende Dividenden verteilt:

	Zahl der Gesellschaft.	Aktienkapital in Mill. M.		Dividende in Prozent	
		1912	1913	1912	1913
Baumwollspinnereien . .	18	29,97	32,05	9,9	10,0
Baumwollwebereien . .	9	9,70	10,00	8,7	8,4
Baumwollspinnwebereien	25	47,73	47,95	8,2	7,6
Kammgarnspinnereien . .	16	34,45	34,45	8,5	7,8
Wollgewerbe . . . . .	12	24,02	25,10	10,9	10,1
Seiden- u. Jute- u. Faser- u. Seidenwebereien	15	24,97	25,47	10,2	12,9
Seidenwebereien . . . .	2	7,45	7,75	9,2	6,1
Färberei, Appretur usw. .	22	32,41	34,89	4,6	6,1
Sonstige Textilfabriken . .	8	10,67	11,17	13,0	14,7

Eine Senkung der Durchschnittsdividende weisen die Baumwollwebereien, die Baumwollspinnwebereien, die Wollindustrie und die Seidenwebereien auf. Die Steigerung dieser Dividende in der Gruppe „Seiden und Jute“ ist auf die sehr guten Gewinne der Juteindustrie zurückzuführen, bekanntlich die am strengsten kartellierte Gruppe in der Textilindustrie. Wie sich die Gewinne in dieser Gruppe erklären, werden wir noch zeigen. Auch in den Gewerben mit ermäßigten Gewinnen ist die Dividende, abgesehen vom Geldgewerbe, immerhin noch ganz erträglich, zum mindesten nicht schlecht. Im übrigen gestattet das Sinken der Durchschnittsdividende keineswegs einen absolut richtigen Schluß in bezug auf die allgemeinen Verhältnisse in der betr. Gewerbebranche, da der Stand der Dividende von einigen wenigen Gesellschaften so stark beeinflusst werden kann, daß die Durchschnittsziffer für die gesamte Gruppe erheblich sinkt oder steigt. So ist für das Nachlassen des Durchschnittsgewinnes im Wollgewerbe auch maßgebend, daß zwei oder drei Gesellschaften gar keine oder eine wesentlich ermäßigte Dividende verteilten, was aber fast ausschließlich aus speziellen Betriebsgründen zu erklären ist. Durchweg sind im Wollgewerbe recht hübsche Dividenden verteilt worden. Sehen wir uns einige Gesellschaften an. Es erzielten Gewinne:

	Reingewinn	Dividende
	1912	1913
Bremer Wollkammerlei	1 357 524	20 20
Saganer Wollspinnerei und Weberei	131 600	5 1/2 6
Thüringer Wollgarnspinnerei	678 804	14 12
Sächsische Wollgarnf., Leipzig-Plagwitz	655 210	10 10
Wollwarenfabrik Merkur, Siegnitz	452 688	20 20
Bayerische Wollbedarfsfabrik, München	210 983	? 10
Zuchfabrik in Fulda	?	10 8
Germer Strickgarnfabrik	277 551	12 12
Wollfabrik Ludwig Lehmann, Berlin	189 593	3 10
Sächsische-Badische Wollfabriken in Rehl und Forst	220 072	5 5
Sächsischer Wollfabrik	22 869	4 4
Zuchfabrik Nachen vormals Süßkind u. Stern	Fehlbetrag von M. 113 650	
Bedburger Wollindustrie	rund „ 220 000	

Von den drei zuletzt angeführten Werken abgesehen, sind die Dividenden wahrhaftig nicht niedrig, sie haben sich durchweg auf dem Stande des Vorjahres gehalten. Außerdem haben fast sämtliche Gesellschaften sehr hohe Abschreibungen und Rücklagen machen und hohe Vergütungen an Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte ausbezahlen können. Die Unterbilanz der beiden zuletzt genannten Werke ist aus speziellen Betriebsgründen zu erklären, die hier anzuführen zu weit gehen würde. Für die „Bedburger Wollindustrie“ brachte das Jahr 1913 eine Erhöhung der Unterbilanz von 589 992 M. auf 818 098 M. Das führt die Gesellschaft auf die Hemmung des Exports nach dem Orient, die ungunstige Witterung und die unbefriedigenden Preise zurück. „Die Folgen der deutschen Zollkonvention wirkten störend auf das Geschäft. Durch die von der Konvention bestimmten kürzeren Zahlungsfristen gingen die Bestellungen wesentlich geringer ein als früher; wenn die Kundenschaft früher bei den langfristigen Bestellungen leichter bestellte und auf später hinaus Orders gab, so wurde diesmal nur das gefordert, was man für den Augenblick nötig gebraucht.“ Der Verwaltung will es scheinen, als ob jetzt eine Besserung eintrete. In der Generalversammlung wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß das Unternehmen mit sehr großen Schwierigkeiten zu rechnen habe. Seit 14 Jahren hätten keine Dividenden mehr verteilt werden können. Zwar sei die Maschinenanlage durchaus auf der Höhe, aber die Erzeugnisse seien in Mißkredit gekommen. Es fehle an geeigneten leitenden Personen im Betriebe. — Eines der bedeutendsten Unternehmen der Branche ist die Bremer Wollkammerlei, die außer in Bremen in vielen anderen Plätzen Deutschlands, ferner in Oesterreich, in Uruguay und Argentinien (Südamerika) Niederlassungen hat. Sie zahlte außer der genannten Dividende noch rund 213 000 M. als Vergütung an Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte.

Die Lohnverhältnisse sind sowohl in diesem Unternehmen, als auch in den Fabriken der meisten anderen angeführten Aktiengesellschaften durchweg ungenügend zum Teil sogar sehr schlecht. Die

Werke, die die meisten Gewinne abwerfen, haben die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das ist zu begreifen, denn die Arbeiter dieser Fabriken sind nur zum allergeringsten Teil gewerkschaftlich organisiert. Sie „sparen“ den Verbandsbeitrag — für die Aktionäre.

Um einen Vergleich mit mehreren Jahren zu haben, bringen wir im nachfolgenden eine Darstellung von Calwer über die Dividendenbewegung im deutschen Wollgewerbe. Sie zeigt, daß sich die Rentabilität der Aktiengesellschaften der Wollindustrie (mit Ausnahme der Kammgarnspinnereien und -webereien) sich im Geschäftsjahr 1912/13 wieder kräftig gehoben hat, nachdem das Jahr 1910/11 einen Rückschlag und das Jahr 1911/12 eine Stagnation gebracht hatten. Die Durchschnittsdividende berechnete sich nach den vorliegenden vergleichbaren Bilanzen wie folgt:

Ver- öffentl.	Zahl d. Ges.	Geschäftsjahr	Akt.-Kap. in 1000 Mark	Dividende in Proz.
1910	40	1908/09 bezw. 1908	85 214	5 181 6,1
		1909/10 " 1909	86 264	7 341 8,5
1911	42	1909/10 " 1909	91 586	7 615 8,3
		1910/11 " 1910	95 064	7 306 7,7
1912	36	1910/11 " 1910	92 608	7 017 7,6
		1911/12 " 1911	91 716	7 014 7,6
1913	37	1911/12 " 1911	93 496	7 082 7,6
		1912/13 " 1912	93 462	7 606 8,2

Die Entwicklung des Reingewinns resp. der Verluste zeigt die gleiche Tendenz wie die Bewegung der Dividende. Nach der Depression des Jahres 1908/09 trat eine sehr kräftige Erholung ein, der allerdings gar bald wieder ein leichter Rückschlag folgte. Erst im Jahre 1912/13 hat sich der Reingewinnüberschuss wieder auf das Niveau des Jahres 1909/10 gehoben. Von Jahr zu Jahr ergeben sich folgende Vergleichsziffern:

Ver- öffentl.	Zahl d. Ges.	Geschäftsjahr	Aktienkapital in 1000 Mark	Reingewinn-Überschuss in Proz.
1910	42	1908/09 bezw. 1908	85 921	5 371 6,2
		1909/10 " 1909	86 644	10 658 12,3
1911	42	1909/10 " 1909	89 385	11 608 13,0
		1910/11 " 1910	91 836	10 557 11,5
1912	35	1910/11 " 1910	88 444	9 946 11,2
		1911/12 " 1911	87 552	9 750 11,1
1913	36	1911/12 " 1911	89 272	8 747 10,9
		1912/13 " 1912	89 293	11 755 13,2

Das Jahr 1913 hat somit den guten Stand des Jahres 1909/10 sogar überholt. Für das laufende Jahr ergeben sich noch bessere Gewinnaussichten. Fast übereinstimmend wird in den Berichten gesagt, daß es wieder flott gehe. Viele Fabriken berichten, daß sie für lange Zeit hinaus mit Aufträgen reichlich versehen sind. Es wird sogar recht lebhaft über Mangel an geübten Arbeitern geklagt. So heißt es in einem Artikel der R.-Z. vom 7. Mai aus der Tuchindustrie:

„Sehr bedauerlich ist nur, daß sich die Fabrikanten der bessern Beschäftigung nicht recht freuen können; es herrschen allgemein Klagen über den Mangel an geübten Arbeitern, da sich während der Zeit der schwachen Beschäftigung sehr viele Arbeiter andern Beschäftigungsarten zugewandt haben. Der Hauptgrund liegt aber daran, daß die Fabrikanten in den letzten Jahrzehnten keinen Wert auf Peranbildung neuer Weber legten, und erst neuerdings wieder Schritte zur Abhilfe in die Wege geleitet haben. Einstweilen stehen aber in den Fabriken und Lohnwebereien noch sehr viele Stühle still, lediglich wegen Arbeitermangel, und die unliebsten Erscheinungen, die im Verkehr zwischen Arbeitgebern und -nehmern stets bei Mangel an Arbeitern hervortreten, machen sich dem Fabrikanten recht fühlbar.“

Die „unliebsten Erscheinungen“ sind wohl die Wünsche der Arbeiter, nun bei besserem Geschäftsgange auch ihre Lage verbessert zu bekommen. Die Klagen der Unternehmer werden aber die Arbeiter von ihrem berechtigten Vorgehen nicht abhalten können.

### Zirkusreden und Wirklichkeit.

Der Bund Berliner Grundbesitzervereine hat am 26. März im Zirkus Busch eine Massenlandgebung veranstaltet zu dem Zwecke, die Regierung und die Öffentlichkeit über die — „Notlage des Berliner Hausbesitzers“ aufzuklären. Es ging, wie immer in den Zirkus Busch-Demonstrationen, hoch her. Die Ausführungen der Redner wurden von „stürmischem minutenlangem Beifall“ begleitet. Dann folgte die Entschließung, worin gesagt wird, daß die Berliner Hausbesitzer es nicht mitansehen können, daß staatl. herbeizuziehenden Baugenossenschaften und Eigenheimbestrebungen unterstützt werden. Das heißt, die Grundbesitzer haben an sich nichts dagegen in den Fällen, wo „ein wirklich dringendes Bedürfnis“ vorliegt. Aber — die Hauptsache ist das Aber — diese Voraussetzung erkennen sie nirgendwo an. Und darum wird die Rgl. Staatsregierung herzlich und dringend gebeten, staatl. Mittel für die Unterstützung von Baugenossenschaften nicht mehr herzugeben.

Die Herren redeten nicht nur für Berlin, sie sind grundsätzlich und ganz allgemein gegen die gemeinnützige Bautätigkeit losgezogen. Die provinziellen Haus- und Grundbesitzerorganisationen machen im Kleinen, was der Bund in Berlin im Großen. Diesen Treibern gegenüber kann nicht laut und eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß in den meisten Städten ein Mangel an Kleinwohnungen besteht und daß die private Bautätigkeit allein gar nicht in der Lage oder nicht Willens ist, diesen Mangel auszugleichen.

Ein Mangel an Kleinwohnungen besteht. Während der Wohnungsbedarf im allgemeinen zu steigen pflegt, weist, wie aus neuerlichen amtlichen Erhebungen hervorgeht, die Wohnungserstellung einen Rückgang auf. Das Kaiserlich Statistische Amt berichtet in einer Sonderbeilage zu dem letzten Heft (1914, 4) des „Reichs-Arbeitsblatt“ über die Bautätigkeit und den Wohnungsmarkt in deutschen Städten im Jahre 1913. Die Statistik erstreckt sich auf die Städte mit über 50 000 Einwohnern. Von 35 Städten, für die sich die Angaben über die Bautätigkeit in den letzten beiden Jahren vergleichen lassen, hatten nur 14 eine stärkere, 21 aber eine geringere Bautätigkeit aufzuweisen. Dementsprechend nahm auch der Bestand an leerstehenden Wohnungen ab. Nur in 10 Städten war dieser Bestand größer geworden; in 3 Städten war er gleich geblieben und in 43 Städten war er erheblich heruntergegangen. Was nun speziell die Kleinwohnungen anbelangt, d. h. die Wohnungen mit 1 bis 3 Wohnräumen, so ergibt sich, daß diese weniger stark zugenommen haben als die mittlern und großen Wohnungen. Während 1913 in 10 Städten der Zugang an Kleinwohnungen größer war als 1912, war er in 42 Städten kleiner als der Zugang an Wohnungen überhaupt. Das sind wirklich keine günstigen Ergebnisse.

Auf einen Mangel an Wohnungen und besonders Kleinwohnungen weist auch eine Reihe neuer Veröffentlichungen hin. So nennt z. B. der Jahresbericht des Großherzoglich Hessischen Landeswohnungsinspektors für 1910/12 (S. 15) das Angebot an Kleinwohnungen (in 98 Gemeinden bleibt es unter 2 v. H.) recht ungenügend. Auch der Bericht des Königlich Württembergischen Landeswohnungsinspektors für 1911/12 stellt (S. 49) außer in 5 Gemeinden einen Wohnungsmangel fest. Der Bericht über die Fählung der leerstehenden Wohnungen Ende Oktober 1913 in Lübeck bemerkt, daß der Vorrat an Kleinwohnungen viel zu gering sei und daß, wenn es nicht bald anders würde, mit einer Wohnungsnot der minderbemittelten Bevölkerung gerechnet werden müsse. Auch in Dessau machte sich Mangel an Kleinwohnungen bemerkbar; so mußten am 1. April 19 Familien in durch die Stadt beschaffte Notwohnungen ziehen. Die Stadt hat darauf 3 Häuser für linderreiche Familien errichten lassen. Auch in andern Städten mußten, wie in den letzten Tagen verschiedentlich zu lesen war, Familien, besonders linderreiche, in städtischen Häusern untergebracht werden. Nicht zuletzt bekräftigen auch die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten, die in ihren vor kurzem erschienenen Jahresberichten für 1913 über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter nähere Mitteilungen machen, die Wohnungsnot. Sie stellen fest, daß es fast in allen Aufsichtsbereichen noch an kleinen und billigen Wohnungen für die Arbeiter fehlt, und daß sowohl in den größeren wie in den kleineren Städten die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter noch vielfach im Argen liegen, weil vor allem auch bei den privaten Bauunternehmern wenig Neigung zum Bau von Mietshäusern mit kleinen Wohnungen besteht.

Wir wollen zum Nutz und Frommen der Berliner Zirkusredner folgende Beispiele aus dem wirklichen Leben bringen, die die Umzüge am 1. April zutage förderten:

Duisburg. Weil er am 1. April die bisher innegehabte Wohnung verlassen mußte und auf der Wohnungssuche wegen seiner sieben Kinder von allen Hausbesitzern abgewiesen wurde, verübte der 37-jährige Arbeiter Thissen zu Duisburg Selbstmord, indem er sich vom Schmelzweg zer-malen ließ. — Ein erschütterndes soziales Drama aus dem sogenannten Zeitalter der Kultur und Zivilisation! Tagtäglich fast erleben wir in den großen Städten ähnliche Vorgänge, denen nur die Katastrophe am Schluß fehlt.

Osabrück (Hannover). Bei der hiesigen Polizei meldeten sich 151 Familien, die zum 1. April keine Wohnung bekommen konnten.

Eibing (Westpreußen). Die Wohnungsnot machte sich hier am Umzugstermine besonders bemerkbar. Beim Magistrat meldeten sich 46 Familien als obdachlos.

Dortmund i. W. Hier mußten schon vor geraumer Zeit Wohnungen polizeilich geschlossen werden, in denen Familien mit 8 und 10 Köpfen in einem Zimmer haften. Am 1. April d. J. waren so viele obdachlose Familien unterzubringen, und zwar Familien, die Miete zahlen wollten und können, daß die der Stadt zur Verfügung stehenden vier Armenhäuser überfüllt sind und das Obdachlosenzahl ganz befest ist. Die Zellen des alten Gerichtsgefängnisses werden für Wohnungszwecke notdürftig hergestellert und alte Gebäude und leerstehende Fabriken zu Wohnungen eingerichtet.

Schwelm i. W. 42 Familien konnten am 1. April keine Wohnung finden.

Marienburg (Westpreußen). Ein Bote des Marienburger Kriegsgerichts ist glücklicher Vater von sieben Kindern. Früher war er stolz auf die statliche Nachkommenschaft. Wenn er die Klagen über den Geburtenrückgang las und von den Sorgen überängstlicher Patrioten hörte, überzählte er seine kleine Schar; er hatte dem Vaterlande gegenüber seine Schuldigkeit getan. Da trat eines Tages eine Aenderung ein. Ihm wurde die Wohnung gekündigt. Er eilte zu seinem Hauswirt. Dieser bekräftigte ihm gerne, daß er und seine Frau nette Leute und die Kinder brav und ordentlich wären, aber trotzdem würden die übrigen Hausbewohner durch sie doch belästigt, und um sich vor Kündigung zu schützen, müsse er ihm die Wohnung aufgeben. Der Kriegsgerichtsbote war zu stolz, um mit dem Mann von den Forderungen des Staates zu sprechen und ging auf die Wohnungssuche. Doch nun erlebte er eine Enttäuschung nach der anderen. Drei Monate suchte er vergeblich. Sein Hauseigentümer wollte seinem Haus einen Zuwachs von sieben Kindern beschaffen. Der Stolz des braven Vaters wandelte sich infolge dessen in Resignation. Und je näher der 1. April kam, desto mehr wird sich der brave Mann darüber klar, daß in unserer heutigen Zeit Kinder doch eine arge Last sein können. Was blieb ihm übrig, als sich an seine Behörde zu wenden und dieser sein Unglück zu klagen. Diese nahm sich denn auch seiner an und wandte sich an die Stadt mit dem Ersuchen, für ihren Beamten eine passende Wohnung zu verschaffen. Aber auch der Stadt zuliebe wollen die Marienburger Hausbesitzer von einer neuntöpfigen Familie nichts wissen. Es ist wahrscheinlich, daß der Militärstützpunkt in der

Kaserne Platz schaffen muß, um dem früher so stolzen Preußen nicht den letzten Rest seiner Vaterfreuden nehmen und ihn mit seinen sieben Kindern auf der Straße sitzen zu lassen.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Auf der einen Seite wollen die Hausbesitzer keine kinderreichen Familien nehmen, und auf der anderen Seite soll der Geburtenrückgang mit allen Mitteln hintangehalten werden.

Während die besten Männer des Volkes sich einig sind über das Unheil des Geburtenrückganges und von vielen Seiten Vorschläge kommen, wie diesem Uebel zu steuern ist, bringen es tausende und abertausende von Hausbesitzern fertig, jenen ein Obdach zu verweigern, die mit Kindern gesegnet sind. Geht jemand auf die Wohnungssuche, so ist die erste Frage des Hausbesitzers regelmäßig: „Haben Sie Kinder?“ Sind Kinder da, so ist die Wohnung nicht zu haben. Die Schamlosigkeit geht gar soweit, daß selbst in den öffentlichen Anzeigen der Zeitungen, die „Vermietungen an nur kinderlose Leute“ tausendfach angekündigt wird. Solange solche Zustände bestehen, ist nicht damit zu rechnen, daß die Neben- und angekündigten Gesetzesvorlagen gegen den Geburtenrückgang irgend einen Erfolg haben werden.

### Nun erst recht Sozialreform.

(Auszug aus der Rede Professor Francés auf der Berliner Rundgebung.)

Der volle Gehalt des Vortrages Francés läßt sich in einem kurzen Bericht nicht erschöpfen. Selbst der wörtliche Abdruck könnte nicht die Herzenswärme und Ueberzeugungstreue, die den Vortrag in jedem Satz beehrte, wiedergeben. Das innerliche Bewußtsein des Redners mit dem ganzen großen Komplex von Aufgaben, die in der Rede aufgerollt wurden, gab ihr den Charakter des lebendigen persönlichen Bekenntnisses, das als Frucht einer vollen, ersten Lebensarbeit gereift ist. Der Gedankengang, der den Ausführungen Professor Francés zugrunde lag, war ungefähr folgender:

„In allen kaiserlichen Erlassen, Thronreden, Regierungserklärungen bis 1913 wird die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung als vornehmste Christenpflicht und wichtigste Aufgabe des Staates bezeichnet. Jetzt plötzlich ist eine Umkehr eingetreten. Vom Bundesratsrat wird eine Pause verlangt, gewichtige Stimmen im Reichstag und noch mehr im Lande fordern einen Stillstand, das „Partell der schaffenden Stände“ verkündet offen die Herrschaft des Unternehmertums und arbeitet auf eine Fesselung der Arbeiterbewegung hin. Polizei und Gericht erschweren schon jetzt die Tätigkeit der Organisationen der Arbeitnehmer aufs äußerste. So ist die Sozialreform, bestrebe sie nun in Staatshilfe oder in Selbsthilfe, schwer bedroht. Hiergegen Einspruch zu erheben, ist die Pflicht der Gesellschaft für Soziale Reform. Redet man neuerdings soviel von den „unverwünschten Folgen“ der Sozialpolitik, so wollen wir hier an erster Stelle auf die Tatsachen hinweisen, die für eine starke Mitarbeit der Sozialpolitik an dem glänzenden Aufstieg des deutschen Volkes sprechen.

Vor 30 Jahren hat die Arbeiterversicherung zuerst begonnen, wenige Jahre später eine neue Epoche des Arbeiterschutzes. In diesem Zeitraum bis heute hat sich die Volkszahl von 45 auf 67 Millionen erhöht, die früher starke Auswanderung ist bis auf eine Mindestzahl gesunken, die jährliche Einwanderung fremder Arbeiter ist auf mehr als eine Million jährlich gestiegen. Die Sterberate hat sich von 29 auf 17 vom Tausend vermindert, die Lebensdauer gerade der arbeitenden Klasse um 4-5 Jahre vermehrt. Dies alles bedeutet einen gewaltigen Zuwachs an Leistungsfähigkeit unseres Volkes im ganzen; unabsehbare Beobachter, wie Direktor Helfferich (Deutsche Bank), stellen auch eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen fest. Dies kommt unserer Wehrkraft zugute (Erklärungen des Kriegsministers jüngst im Reichstag). Wir dürfen für die Sozialpolitik in Anspruch nehmen, daß ohne sie dies Ergebnis nicht erreicht worden wäre. Nicht minder erfreulich sind die sittlichen Wirkungen: die Erhaltung und Stärkung des Familienlebens, die Zunahme der Volksbildung, die Kräftigung der Persönlichkeit, die Erziehung zum Staatsbürger. Es ist nicht wahr, daß die Staatshilfe die Massen entnerve, niemals ist der Drang zur Selbsthilfe (Gewerkschaften, Genossenschaften, Bildungsvereine) härter gemessen als heute. Endlich wird die Behauptung, daß die Sozialpolitik durch die Versicherungsanstalten und den Arbeiterschutz unser Wirtschaftsleben hemme und seinen Wettbewerb auf dem Weltmarkt bedrohe, durch alle Tatsachen widerlegt: Volkseinkommen, Steuerkraft, Volkseinkommen sind enorm gestiegen, der innere Markt ist aufgeblüht, der auswärtige Handel hat sich fast vervierfacht. Alle diese Erfolge wären ohne die Mithilfe einer gehobenen Arbeiterschaft nicht möglich gewesen, und an dieser Hebung hat auch die Sozialpolitik mitgearbeitet.

So enthält die bisherige Entwicklung keine Warnung vor, sondern eine Mahnung zur Fortführung der Sozialreform. Denn die größten Aufgaben sind erst noch zu lösen. Gewiß ist für die Arbeiterversicherung ein äußerer Abschluß erreicht. Aber der innere Ausbau und wichtige Einzelfragen (Herabsetzung der Altersgrenze, Erhöhung der Witwen- und Waisenrenten, Verbesserung des Mutterschutzes) werden noch viel Arbeit erfordern. Daneben ist die freie Versicherung zu fördern. Die Arbeitslosenfürsorge (Arbeitsnachweis, innere Kolonisation, Regelung der Wanderarbeit, Arbeitslosen-Versicherung) steht noch in den Anfängen. Neben die Versicherung gegen Krankheit und Invalidität stellt sich die Bekämpfung der Volksfeinden (Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Trunksucht, Geschlechtskrankheiten) und vor allem die Vinderung der Wohnungsnot, dieses Wucherbodens für alle leiblichen und sittlichen Volkschäden. Alles, was hier bisher getan, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Nicht minder mahnt die Zeit eines Geburtenrückganges auf Fortschritte im Arbeiterschutz: Kinder und Jugendliche sind vor übermäßiger und gefährlicher Arbeit zu behüten. Auch die Erwachsenen dürfen nicht durch allzulange Arbeitszeit geschädigt werden. Die Sonntagsarbeit ist einzuschränken. Die Giftgefahren in der Industrie, namentlich des Bleies, sind zu bekämpfen. Der Verelendung der Heimarbeiter ist wirksam nur durch Lohnämter zu steuern. Große Gruppen bedürfen besseren Schutzes: die kaufmännischen Gehilfen, die technischen Angestellten, die Werksmeister, die Steiger, die Gastwirtsgehilfen. Andere Gruppen (Bürogehilfen, Bühnenleute, Musiker) entbehren des Schutzes noch ganz. Auf die Dauer wird man auch die Diensthofen, das ländliche Gefinde, die Land- und Forstarbeiter nicht ohne Schutz lassen können. Die Staatsarbeiter fordern eine feste und klare Regelung ihrer Dienstverhältnisse. Eine gesunde Mittelstandspolitik für Handwerk und Kleinhandel muß planmäßig betrieben werden.

Zersplittert sich hier die Sozialpolitik in tausend oft sehr schwierige, in ihrer Gesamtheit höchst wichtige Einzelmaßnahmen, so erwacht in der Reform des Arbeitsrechts eine wahrhaft große soziale Aufgabe, die wahrlich des Schweißes der Besten wert ist. Hier ist alles noch unsicher, verworren, veraltet. Der sogenannte freie Arbeitsvertrag ist noch für Millionen ein Herrschaftsvertrag, in dem der Unternehmer die Bedingungen diktiert, die die ganze Persönlichkeit des Arbeiters bindet. Hier hat nun der Tarifvertrag schon ein breite Breche gelegt: er macht die Gleichberechtigung beider Parteien zur Wahrheit, regelt in freier Selbsthilfe die Arbeitsbedingungen, dient dem gewerblichen Frieden. Aber seinem Fortgang stellt sich der Widerstand stärkster Unternehmergruppen entgegen, die kein Verhandeln wollen. Der Versuch der Arbeiterkammern ist mißlungen: er wird sicher wieder aufleben. Um so mehr bedürfen wir der Fundierung des Tarifvertrags auf einem klaren Rechtsboden und seiner Ergänzung durch Ausbau des Einigungswezens (Reichseinigungsamt), das die Kämpfe einschränkt, die friedliche Einigung fördert.

Voraussetzung hierfür aber sind starke Organisationen beider Parteien. Hier nun ist alles Licht auf Seiten der Arbeitgeber, aller Schatten bei den Arbeitnehmern. Wir haben kein Berufsvereinsrecht, im Koalitionsrecht sind die Arbeiter ungünstiger gestellt, das Vereinsrecht hemmt nur sie. Und diese Ungleichheit wird durch Polizei und Rechtsprechung und drakonische Handhabung noch verschärft. Unternehmer vollbringen straflos, was bei Arbeitern hart geahndet wird. Und noch nicht genug: unter dem Ruf nach strengem Arbeitswilligen-schutz enthüllt sich das nackte Streben nach einer Zerkümmern der Gewerkschaften. Dies Unrecht brennt allen Arbeitnehmern ohne Unterschied der Richtung in tiefster Seele, weckt ihre heiße Empörung, schürt das fast schon im Erlöschen begriffene Feuer des Radikalismus. Will man denn auch die reichs- und landesfreie Arbeiterschaft gewaltsam in den Widerstand gegen den Staat drängen? Diese Gewaltpolitiker sind die Schrittmacher der Sozialdemokratie, wir Sozialreformer arbeiten nicht nur für die Hebung der Massen, sondern für den innern Frieden! Heute, am 10. Mai, dem Jahrestag des Frankfurter Friedens, wollen wir es allen Mäßen und Lauen, allen Bremsern und Rückwärtlern zurufen: Die Entwicklung steht nicht still, Vorwärts heißt die Lösung. „Nun erst recht Sozialreform!“

### Allgemeine Rundschau.

#### Wahlen zu den Versicherungsausschüssen.

a) Wahlankündigungen. Wenn die Wahlen zu den Versicherungsämtern, die ja augenblicklich noch im Gange sind, getätigt sind, werden die neugewählten Beisitzer der Versicherungsämter alsbald in die ehrenvolle Lage kommen, ein doppeltes Wahlrecht auszuüben. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe z. B. kündigt im „Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung“ (vom 12. Mai 1914) in einer Verfügung an die Oberpräsidenten die Wahlen zu den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten bereits an. Auch stellt er den Oberpräsidenten schon die „Musterwahlordnung“ gedruckt zur Verfügung. Außerdem bringt der Minister einen Abdruck zur Kenntnis, in dem die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen werden, daß die Vorarbeiten zu den Wahlen der Arbeitgeber und Versichertenvertreter an den Oberversicherungsämtern so zeitig zu beginnen hätten, daß die Aufforderung an die wahlberechtigten Beisitzer an den Versicherungsämtern spätestens Anfang Juli 1914 ergehen kann, damit die Neugewählten ihr Amt am 1. Oktober 1914 antreten können. Die Wahlen zu den Ausschüssen der Invalidenversicherungsanstalten sollen ebenfalls so zeitig vorbereitet werden, daß sie zur selben Zeit beginnen können. Die neugewählten Ausschüsse sollen ihr Amt ebenfalls am 1. Oktober 1914 antreten. Die Wahlen zum Reichsversicherungsamt, dessen neuzuwählende Beisitzer ihr Amt am 1. Januar 1914 antreten, finden dann jedenfalls im letzten Vierteljahr 1914 statt.

b) Ausschluß der Landesversicherungsanstalten. Jede Versicherungsanstalt hat einen Ausschuß. Er besteht je zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und Versicherten und zählt mindestens zehn Mitglieder. Diese werden von den Versicherungsvertretern bei den Versicherungsämtern des Bezirks der Versicherungsanstalt je getrennt von den Arbeitgebern und den Versicherten gewählt. Sie müssen im Bezirke der Versicherungsanstalt wohnen. (§ 1351 RVO.) Für jeden Vertreter werden mindestens zwei Ersatzmänner gewählt.

Die Oberpräsidenten werden demnächst die amtliche Wahlordnung erlassen und die Versicherungsvertreter

auffordern, Vorschlagslisten bis zu einem bestimmten Termin einzureichen. Alles Nähere bringt die Wahlordnung zur Kenntnis der Wahlberechtigten. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlsystem und zwar darf nur für unveränderte Listen gestimmt werden.

Die vom Deutschen Arbeiterkongress beauftragte oberste Wahlleitung wird in jedem Bezirk einer Invalidenversicherungsanstalt einen sachkundigen Wahlleiter mit der Aufstellung der Kandidatenliste, die möglichst alle Gebietsteile berücksichtigt, betrauen. Es steht zu hoffen, daß alle christlich und national gesinnten Beisitzer an den Versicherungsämtern geschlossen für diese Liste am Wahltage eintreten. Jede Zersplitterung wäre direkt schädlich und läme dem sozialdemokratischen Gegner zugute.

c) Aufgaben der Ausschüsse an die Invalidenversicherungsanstalten. Dem Ausschuß bleibt vorbehalten: 1. die nichtbeamteten Vorstandsmitglieder der Anstalt zu wählen; 2. den Vorschlag (Einnahmen und Ausgaben) für das kommende Geschäftsjahr festzusetzen; 3. die Jahresrechnung abzunehmen; 4. die Satzung zu ändern (§ 1353 RVO.). Bei Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken im Werte von mehr als eintaufend Mark wird die Anstalt von dem Vorstand und dem Ausschusse vertreten.

Der Vorstand bedarf auch der Zustimmung des Ausschusses zur Bildung von Rückversicherungsverbänden (§ 1354 RVO.).

Aus der vorstehenden kurzen Skizzierung der Aufgaben des Ausschusses ist ohne weiteres seine Bedeutung ersichtlich. Wenn man sich noch vergegenwärtigt, welche tiefgreifende Rechte der Vorstand der Landesversicherungsanstalt, der ja von den Ausschussmitgliedern gewählt wird, hat, dann ist wohl jedem Wähler die hohe Bedeutung der kommenden Ausschusswahl für die Arbeiterschaft klar. — Ueber die Wahlen zu den Oberversicherungsämtern und ihre Bedeutung äußern wir uns in der nächsten Nummer.

#### Erbarungswürdige Wurstelei.

Wenn einer sagt, die Wand ist weiß, und ein anderer meint, sie sei schwarz, dann ist ganz bestimmt einer von beiden farbenblind. Wenn dir zwei Menschen über ein und dasselbe Vorkommnis erzählen und ihre Berichte gehen himmelweit auseinander, dann sagt einer von ihnen mindestens objektiv die Unwahrheit. Wenn eine Zeitung etwas als unumstößlich feststehende Tatsache bezeichnet und ihre Parteifreundin behauptet sie sei und fast das Gegenteil, dann, ja dann kannst du Gift darauf nehmen, sie sind beide sozialdemokratisch. Denn nur in der sozialdemokratischen Partei ist die Konfusion so weit gediehen, daß man in ihrer Presse am gleichen Tage über dieselbe Sache Urteile lesen kann, die nicht nur unvereinbar sind, sondern die sich gegenseitig aufheben. Soviel Köpfe, soviel — Unsinn!

Am 18. April leierte, nach der „Ostdeutschen Arbeiterzeitung“, die rote „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 16 — zum wievielten Male kann ich wahrhaftig nicht sagen! — das alte abgedroschene Lied von den an der Kette Roms liegenden christlichen Gewerkschaften herunter. Die hochbedeutenden Erklärungen der höchsten christlichen Gewerkschaftsinstanzen bezeichnet sie als „Unterwerfungsakte der christlichen Gewerkschaften unter die Fuchtel der katholischen Kirche“. Und an demselben Tage und in derselben Nummer 16 schrieb der rote „Grundstein“ in derselben Sache:

„Die christlichen Gewerkschaften erklären, entgegen den Befehlen des Papstes, selbständig bleiben zu wollen. Auch die (christliche) „Baugewerkschaft“ hat kürzlich erklärt, der christliche Verband werde seine Entschliessungen nur nach eigenem Ermessen fassen. Er pfeift also auf die Befehle des Papstes und der Bischöfe.“

Also am selben Tage liegen die christlichen Gewerkschaften unter der Fuchtel der katholischen Kirche und pfeifen trotzdem auf die Befehle des Papstes und der Bischöfe. Das ist — sozialdemokratische Journalistik! Lassen wir den Unsinn auf sich beruhen.

Ein anderes Beispiel: Am 30. April bringt die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ einen ellenlangen Artikel zur Massfeier. Darin werden die von den deutschen Arbeitern in den letzten 25 Jahren errungenen „materiellen Erfolge“ gewürdigt:

„Die Arbeitszeit wurde verkürzt, die Löhne wurden erhöht und die Arbeitsbedingungen verbessert. Tarifverträge sichern dem Arbeiter die tatsächliche und nicht bloß die formelle Gleichberechtigung. . . . Auch der Staat mußte Konzessionen machen. . . . Es ist wahr, die Arbeiterschaft hat solche Erfolge errungen.“

So gehts noch eine Weile weiter.

Am selben 30. April ließ auch das Breslauer Sozialistenpapier, die „Vollsmacht“, sich einen Matartikel schreiben. Und was behauptet sie?

„Für die arbeitenden Massen hat dieser Umschwung (der letzten 25 Jahre) auf Schritt und Tritt nur neues Elend neuen Druud und neue Sklaverei mit sich gebracht.“

Kann man sich einen größeren Widerspruch denken, als er hier zutage tritt? Unmöglich! So wurstelt die rote Presse nun schon seit Jahr und Tag. Daß Gott erbarm!

#### Die Gewerkschaften politische Vereine?

Diese wieder brennend gewordene Frage kam Mitte Mai auch im Reichstag zur Verhandlung. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, erklärte, daß keine allgemeine Anordnung in dieser Frage ergangen sei. Weder die Reichsregierung noch der preussische Minister des Innern hätten eine derartige Anweisung ergehen lassen. Die vorgebrachten Fälle, wo Gewerkschaften zu politischen Vereinen erklärt wurden, seien Einzelfälle. Die Polizeibehörden seien eben zu der Auffassung gelangt, daß die betreffenden Gewerkschafts-

verbände sich politisch betätigt hätten. Zwischen der einschlägigen Erklärung des Reichskanzlers zum Vereinsgesetz und dem Vorgehen der Polizeibehörden besteht kein grundsätzlicher Widerspruch. Der Reichskanzler sieht noch heute mit ihm auf dem Standpunkt, daß die Erörterung wirtschaftlicher Fragen und der Zusammenschluß zur Erörterung wirtschaftlicher Interessen unpolitisch sei. Die Sachlage ändere sich erst, wenn die Wirtschaftsbereine sich auch mit politischen Angelegenheiten befassen. Die Gewerkschaften würden nicht anders behandelt wie andere Vereine. Wörtlich führte Dr. Delbrück dann zu den Sozialdemokraten gewandt weiter aus:

„Ich will ausdrücklich feststellen, daß z. B. bei dem Bund der Landwirte und dem Hansa-Bund niemals ein Zweifel darüber gelassen wurde, daß sie politische Vereine sind und unter das Vereinsgesetz fallen. Sie haben ihre Statuten und ihr Mitgliedsverzeichnis eingereicht. Wir messen also nicht mit zweierlei Maß. (Lärm bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Die Gelben!) Ueber diese kann ich im Augenblick meine Meinung nicht äußern. Ich stelle lediglich fest, daß keine Gewerkschaft unter die politischen Vereine fällt, sobald sie sich in den gesetzlichen Grenzen hält. Es liegt in Ihrer Hand, zu vermeiden, daß Ihre Gewerkschaften als politische Vereine behandelt werden. Sie können sie freihalten von der politischen Betätigung, die sie unter das Vereinsgesetz bringen. Aber es ist Ihnen zu schwer, ihre wirtschaftliche Tätigkeit zu trennen von ihren politischen Zielen. Das ist die Schwierigkeit, die einer zweckmäßigen und nutzbringenden Durchführung der sozialen Gesetgebung entgegensteht. (Sehr richtig!) Eine mir vorliegende Entscheidung stellt fest, daß am Schluss jeder Gewerkschaftsversammlung die Anwesenden aufgefordert worden sind, der sozialdemokratischen Partei beizutreten, und die Gewerkschaften und die Partei seien eins; Sie bestritten das, und ein großer Teil Ihrer einsichtigen Mitglieder beklagt, daß die Gewerkschaften in diese Abhängigkeit geraten sind. Aber, so lange Sie diese Beziehungen nicht ausschalten, müssen Sie die Folgen tragen und die Schuld auf sich nehmen und nicht den Behörden und Gesetzen zuschieben.“

Diese den Genossen gemachten Vorhaltungen sind zweifellos berechtigt. Dasselbe haben wir oft genug betont, nämlich, daß gerade die in den sozialdemokratischen Gewerkschaften übliche Verquickung von Gewerkschaftsarbeit mit sozialdemokratischer Parteipolitik in erster Linie Veranlassung zu den neueren Polizeimaßnahmen gegeben hat.

Eins vermissen wir aber in den Ausführungen des Staatssekretärs: eine Erklärung darüber, ob auch die Beschäftigung mit Sozialpolitik als politische Betätigung im Sinne des Vereinsgesetzes aufzufassen ist. Wesentlich schon haben die Gerichte diese Frage in bejahendem Sinne beantwortet. Und dagegen richten sich unsere Hauptbedenken. Darum wäre es wünschenswert gewesen, wenn sich der Regierungsvortreter zu dieser Frage klar geäußert hätte. Solange diese Unklarheit fortbesteht, ist keine gewerkschaftliche Organisation vor Beurlaubungen sicher.

**Unglaublich, aber wahr!**

Die Arbeiter der reichsständischen Firma de Dietrich, deren Werke in Reichshofen, Merzweiler, Niederbrunn, Mutterhausen und Hinzweiler liegen, hatten sich in grö-

ßerer Anzahl dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen. Daraufhin wurde eine Anzahl von ihnen gemahnt. Da das Werk viele Staatsaufträge erhält, wurde die Angelegenheit im ehsa-lothringischen Landtag zur Sprache gebracht. Die Regierung verbrachte eine Unterjochung. Daraufhin gab's vorerst Ruhe; neuerdings aber erfolgten wiederum Entlassungen christlich organisierter Arbeiter. Der Inhaber der Firma, Baron de Dietrich, begründete dieses Vorgehen einem Vertreter der Regierung gegenüber damit, daß die Arbeiter in den Versammlungen gegen die Firma „aufgehört“ worden seien. Es sei der Ausspruch gefallen, Baron de Dietrich gebe den Arbeitern nur deswegen Geld, um sie ans Werk zu fesseln. Der „Ehsa“-Landtag stellt nun fest, daß eine derartige Äußerung nicht gefallen sei und fordert die Firma auf, die Namen ihrer Gewährsmänner bekanntzugeben, damit gegen diese klagbar vorgegangen werden könne. Will die Firma gerecht sein, dann muß sie diesem Willen zur Klarstellung entgegenkommen. Tut sie es nicht, dann wird sich die Öffentlichkeit ihr Urteil selbst bilden. Uebrigens ist es an sich schon ungerecht, eine ganze Anzahl Arbeiter wegen der angeblichen Äußerung eines Einzelnen zu entlassen. Kann die Firma nicht den üblichen Rechtsweg beschreiten und gegen den vermeintlichen Urheber der angeblichen unwahren Behauptung klagbar vorgehen? Ihr jetziges Vorgehen charakterisiert sich als einen Schlag gegen die Organisation.

Das ergibt sich noch deutlicher aus folgendem: Ein weiterer Grund der Entlassungen soll Arbeitsmangel sein. Nun beschäftigt die Firma aber eine ganze Anzahl galizischer Arbeiter, von denen keiner entlassen wurde. Also deutsche Arbeiter geht man wegen „Arbeitsmangel“ auf die Straße, die ausländischen aber werden weiterbeschäftigt. Kommentar überflüssig! Dazu kommt noch, daß diese galizischen Arbeiter unlängst in Streit traten. Nach kaum eintägiger Dauer des Streiks erhielten sie ihre Forderungen bewilligt. Selbstverständlich handelte es sich um einen wilden Streik. Wenn sich aber deutsche Arbeiter zusammenschließen, um auf gesetzlichem Wege ihre Interessen zu vertreten, werden sie gemahnt. Was sagen dazu unsere alldeutschen Scharfmacher?

Wir meinen, daß vor allem die ehsa-lothringische Regierung diesem Vorgehen der Firma nicht ruhig zusehen darf. Ihre Pflicht ist es, einzugreifen, um die Arbeiter vor einer solchen Rechtslosmachung zu schützen. Sie hat die Mittel dazu in der Hand. Werden der Firma die Staatsaufträge entzogen, dann wird sie sich schon bequemen müssen, die Rechte des deutschen Arbeiters zu achten und diesen mindestens nicht schlechter zu behandeln, wie die ausländischen Arbeitskräfte.

**„Neutrale“ Konsumvereine.**

In einem Buche über die „neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung“ lüftet der belgische Sozialistenführer Wandervelde den Neutralitätschleier der Konsumvereine Hamburger Richtung. Zwar gäben sich die Hamburger Konsumvereine alle Mühe, neutral zu scheinen, aber dieser Neutralitätsschein finde „eine weitgehende Erklärung in den Gründen genossenschaftlicher Laune, in der Befürchtung, der Strafe des Gesetzes zu verfallen,

das den Genossenschaften ausdrücklich jede politische Betätigung untersagt, in dem Bedenken, die ohnehin sehr große Feindschaft der bürgerlichen Parteien gegen den Zentralverband noch zu vermehren“. Es sind also vornehmlich taktische Gründe dafür maßgebend, wenigstens nach außen die politische Neutralität zu wahren. Allerdings seien auch einige Redakteure der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ grundsätzlich Gegner des Sozialismus im Marx'schen Sinne. Aber, sagt Wandervelde weiter:

„Das sind übrigens nur vereinzelte Anschauungen, die keine Aussicht haben, in den Kreisen die Oberhand zu gewinnen, wo der sozialdemokratische Einfluß vorherrscht, oder noch mächtiger zu werden verspricht jetzt, da die Sozialdemokratie eine günstige Haltung in der Genossenschaftsfrage eingenommen hat. Die Gegner des Zentralverbandes täuschen sich darüber durchaus nicht. Trotz der offiziellen Proteste der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ greifen sie beharrlich bei jeder Gelegenheit die wahren Tendenzen der „sozialdemokratischen Genossenschaften“ an, und wirklich könnte man in den meisten Fällen nicht ernstlich bestreiten, daß die Neutralität der lokalen Genossenschaften mehr scheinbar als tatsächlich sei.“

Wandervelde führt eine Auslassung der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ an, in der auf die immer engere Verbindung zwischen Partei, „freien“ Gewerkschaften und Zentralverband hingewiesen wird. Daran knüpft er folgende Bemerkung:

Gegen derartige Behauptungen protestiert selbstverständlich der Zentralverband. Aber die Tatsachen sprechen lauter als die Proteste, und auch sozialistische Genossenschaftler, wie Gleisner, der die Resolution von Magdeburg begründete, führen keine andere Sprache als die Gegner über die künftigen Richtungslinien der genossenschaftlichen Bewegung.“

An einer anderen Stelle des Buches weist Wandervelde auf die Resolution des Magdeburger Parteitages hin, der die Genossen und Genossinnen auffordert, „die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen“ und sagt dazu:

„Es ist vorauszusetzen, daß in einem Lande von solcher sozialistischer Disziplin wie Deutschland der allen Sozialdemokraten gegebene Rat, in die Konsumvereine einzutreten, von den meisten auch befolgt werden wird und daß unter diesen Voraussetzungen sich immer engere Beziehungen zwischen der genossenschaftlichen, der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung anbahnen.“

Gegenwärtig ist es nicht allein der Sozialismus, der sich der Genossenschaft nähert, sondern auch die Genossenschaft sucht Fühlung mit dem Sozialismus zu erhalten.“

Der deutsche Genossenschaftsführer von Elm habe von der Neutralität seine eigene Meinung. Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen habe von Elm folgendes ausgeführt, woraus hervorgehe, daß er und die Deutschen im allgemeinen die Neutralität in einer besonderen Art auffaßten:

„Wir sind allerdings der Meinung,“ erklärte von Elm, „daß die Genossenschaften so weit wie möglich für die Arbeiterbewegung dienlich gemacht werden müssen, und wenn die Arbeiter das wollen, können sie das auch. In Hamburg z. B. tut die Produktion für die Arbeiterbewegung (die sozialistische Arbeiterbewegung, D. N. d. L. Z.) und für die Arbeiter mindestens soviel, wie die Genossenschaften in den anderen Staaten. Wir wollen gewiß die belgischen Verdienste keineswegs herabsehen,

**Zugvögel.**

Von Kollegen Gustav Jungnickel-Neustadt (D.-Schl.).

Ich kann den Blick nicht von Euch wenden, Ich muß Euch anschau'n immerdar.

Nicht von unseren geliebten Freunden der Lüste, jedes Frühjahr, von Süden kommend, die deutschen Fluren bevölkern und beleben, soll hier die Rede sein. Andere Zugvögel, allerdings ohne Flügel und Federn, sind es, die Gegenstand dieser Besprechung sein sollen.

Wenn wären sie nicht schon aufgefallen, jene slavischen Arbeitercharen, die jedes Frühjahr von Osten und Südosten kommend, Deutschland überziehen, hier Arbeit und besseren Verdienst suchend und auch findend. Im Spätherbst aber, wenn das rauhe Wetter ein Arbeiten im Freien nicht mehr gestattet und der Schlusstermin für den Aufenthalt der ausländischen Arbeiter in Deutschland heranrückt, fluten sie wieder zurück in ihre Heimat, dort von ihren Erparnissen lebend und mit Ungebuld das Frühjahr wieder erwartend.

Wer dieses Hin und Her jahrelang beobachtet, dem drängt sich unwillkürlich ein Vergleich mit jenen geliebten Bewohnern der Lüste auf, denen ein in der Art ihrer Lebensweise begründeter Naturtrieb ein dauerndes Wanderleben beschieden hat. Bei näherem Zusehen bemerkt man allerdings auch da einen wesentlichen Unterschied. Wohl ist es bei diesen wie jenen des Leibes Naturtrieb, die sie veranlaßt, andere Gebiete aufzusuchen. Aber während die Natur in der eifigen Erfarung des nordischen Winters den insektenfressenden Vögeln den Unterhalt verweigert, sehen wir, wie jene Wanderarbeiter eine Heimat verlassen, die so reich an Bodenschätzen und Naturkräften ist, daß bei sachgemäßer Erschließung und Verwaltung Hunderte von Millionen Menschen mehr ihren Unterhalt finden könnten.

Nirgends kann man den gewaltigen Umfang der Einwanderung fremder Arbeiter und Arbeiterinnen besser beobachten, als in Myslowitz, dem deutsch-russischen Grenzort. Hier, an dem Zusammenfluß der schwarzen und weißen Peczma, befindet sich der Hauptübergang für den Auswanderer- und Wanderarbeiterverkehr aus Rußland und Galizien. Das merkt man schon vor der Einfahrt in den Bahnhof Myslowitz. Lange Züge begegnen uns, vollgepackt mit Menschen, denen man schon beim flüchtigen Vorbeigleiten anmerkt, daß sie von der Kultur noch recht wenig belect sind. Andere Züge stehen auf Nebengleisen oder werden eben zusammengepackt. „Nur für Auswanderer“, „Nur für Arbeiterbeförderung“, „Von Myslowitz nach Hamburg“, „Von Myslowitz nach Bremerhaven“, so oder ähnlich lauten die Aufschriften auf schmalen Papierstreifen in greller Farbe an den Waggons. Wenn diese Wagen reden könnten! Was könnten sie nicht alles erzählen von Hoffnungen und hoch gespannten Erwartungen, hangen Zweifeln, aber auch von Enttäuschungen. Denn nur

allzu oft reisen diese unwissenden und vertrauensseligen, mit recht geringen Barmitteln ausgerüsteten Auswanderer einem noch größeren Elend, als dem in ihrer Heimat, entgegen.

Die neueren Bahnhofsanlagen in größeren Orten des ober-schlesischen Industriegebietes werden so angelegt, daß die Schalter und Wartehäuser 4. Klasse räumlich ein ganzes Ende entfernt von denen der übrigen Klassen eingerichtet sind, so daß die betreffenden Fahrgäste fast garnicht miteinander in Berührung kommen. Als ich diese Einrichtung in dem schönen Rattowitzer Bahnhof das erste Mal wahrte, fühlte ich mich in meinem proletarischen Empfinden verletzt. Nun ich aber in Myslowitz den Zug verließ und mehr geschoben als gegangen mitten in den Strudel hineingeriet, mußte ich dieser Neuierung der Eisenbahnverwaltung unwillkürlich Anerkennung zollen. Das fragwürdige Aussehen der eng um mich Gedrängten ließ einen Verdacht in mir aufsteigen. Darin wurde ich noch durch ein ziemlich ungeniertes Kraken und Scharren bekräftigt, was eine unverkennbar suggestive Wirkung auf mich ausübte. In dem Gefühl, daß gewisse kleine Plagegeister nun auch in meiner bescheidenen Hülle eine Gastrolle abholvierten, fühlte ich mich schon versucht, mit zu schwärzen. Wie man sich doch täuschen kann — es war nur Einbildung.

Aufatmend durchschreite ich die Bahnhofstür, um im nächsten Moment überrascht stehen zu bleiben. Ein buntes Leben und Treiben spielt sich da vor meinen Augen ab. Hunderte, nein, wohl an die tausend Menschen in den verschiedensten Altersstufen und Trachten bevölkern den Bahnhofspalast und die umliegenden Straßen und Bürgersteige. Obwohl wir erst Anfang März haben, ist der Zug der Saisonarbeiter schon im vollen Gange. Ganze Trupps, 40, 50 und noch mehr Mann stark, ziehen sie mit ihrer Habe in die Stadt, dort jedenfalls Unterkunft suchend, während andere wieder die Stadt verlassen und dem Bahnhof zustreben. Sonderbare Anblicke bieten sich da dem Auge. Fast könnte man meinen, sich auf einem Koslumsfest zu befinden. Hier der junge Verste mit seinem kurzen, zerschlossenen Pelz, aber einen lustigen Strohhut auf dem Kopfe. Andere Burschen laufen in Militärmützen und Röcken herum. Die Leute aus Dngalitzien haben wieder dicke, braune, bis an die Knöchel reichende Röcke, mit grellrotem Besatz verziert. Andere wieder tragen Pelzmützen und statt des Rockes grobleinene Hemden. Dazwischen tauchen ganz moderne Kleidungsstücke, sei es ein Anzug, eine Mütze, Krawatte oder sonst was, auf und beweisen, daß deren Träger nicht das erste Mal auf Saisonarbeit gehen. Aus der Umgegend von Brody kommen Frauen in grellroten Röcken und Blusen. Auch die Lächer, von denen sie mitunter zwei bis drei tragen, sind vielfach von roter Farbe. Auch Schafpelze oder dunkle, bis an die Knie reichende Mäntel sind nicht selten. Schnürschuhe, Blusen nach modernem Schnitt, Rämme im Haar usw. sieht man ebenfalls hin und wieder und verraten, daß auch ihre Trägerinnen nicht das erste Mal nach Deutschland kommen. Da kommt wieder ein ganzer Trupp. Die Männer in langen, enganliegenden weißen

Hosen (aus Schafwolle gewebt), kurze Pelze (vielfach Wolfspelze) und dazu die unvermeidliche Pudelmütze. Es sind, wie ich höre, Leute aus der Tatra, die Goralen (Vergewohner). Sie tragen die sogenannten Drahtbinder Schuhe, wie sie früher auch in Ober-schlesien getragen worden sind. Die Goralenfrauen tragen ebensolche Schuhe und haben die Beine bis übers Knie mit Leinwandstreifen umwickelt. Dazu einen dicken roten Unterrock und darüber einen weißen Rock aus Schafwolle. Andere Frauen und Mädchen tragen wie die Männer schwere, lange Stiefel.

So flutet und wogt es bunt durcheinander. Ganze Trupps verschwinden in den Loreingängen, über denen Schilder verkünden, daß Stellen für Stadt und Land vermittelt werden. Nach den vielen Schildern, die man sieht, zu urteilen, muß die Junst der Stellenvermittlung hier in Myslowitz recht zahlreich sein. Die meisten der Saisonarbeiter wissen aber anscheinend nicht, was sie anfangen sollen. Dicht gedrängt lagern sie auf ihren Kisten und Säcken auf dem weiten Bahnhofspalast oder umgeben die kleinen Bier- und Eßterragen, sowie die Verkaufshände mit Back- und Wurstwaren, Briefpapier und sonstigen Bedarfsartikeln. Die Leuten scheinen noch Geld in den Händen zu haben oder sind schon gemietet worden. Meist kommen sie mit wenig Geld hier an, nur notdürftig von Wasser und Brot und Hering lebend. Kommen aber dann die Aufferer, so geht eine bessere Zeit für sie an. Sie erhalten Schlafstellen und am Tage Unterkunftsräume angewiesen, und werden in Speisewirtschaften verpflegt. An Feiertagen erhalten sie gewöhnlich 3 M. Gehrgeld. Nach den langen Entbehrungen will sich nun jeder etwas gönnen, aber nicht alle wissen Maß zu halten. So erzählte mir ein Mann, daß er vor kurzem eine Frau beobachtet hätte, die nacheinander in bunter Folge Kuchen, Tee, Semmel, Wurst, Apfelsinen, saure Perlinge, Kaffee, Schellfisch, Bratheringe, Käse, Brot, Soleier und manches andere noch aß, obendrein ein paar Schnäpse vertilgte, so daß sie zum Schluss wie tot dalag. Denn es fehlt nicht an Frauen, die gehörig trunken. Das gibt dann ein Gaudl für die ganze Gesellschaft, denn auch die Männer sind dann schon meist betrunken und in ihren Speisfen nicht sein. Ein widerliches Schauspiel.

Ueberhaupt steht das sittliche Niveau der weitaus meisten dieser Leute recht tief. Ihr Benehmen untereinander, besonders, wenn sie so recht unter sich sind, läßt sich nicht beschreiben, das muß man gesehen haben. Sie sind es von Hause aus nicht anders gewöhnt, und diejenigen Faktoren, welche in den elenden Dörfern ihrer Heimat schließlich berufen wären, erzieherisch zu wirken, gehen meist selbst mit keinem guten Beispiel daran. In der Gegend von Brody und anderwärts befindet sich da in einer Stubenecke der Herd, in der anderen haust die Familie, in der dritten das liebe Vieh und in der vierten befinden sich dann noch Vorräte. Mitunter gerät dann alles durcheinander. Daß den Leuten dann ein gewisser „Bartengeruch“ anhaftet, ist bei dieser Lebensweise erklärlich. Das wird auf der Reise dann nicht besser. In den

aber der Kongress sollte für die einzelnen Länder in Detailfragen keine bindenden Beschlüsse fassen. Es gilt, die Richtlinien für das gemeinsame zu erstrebende Ziel zu schaffen.

Wie man außerdem aus dem Kapitel, das Deutschland gewidmet ist, ersehen kann, sind die meisten Genossenschaften des Zentralverbandes von Sozialisten geleitet, bestehen in ihrer Mehrzahl aus sozialistischen Arbeitern, entsenden in vielen Orten Vertreter zu einem Komitee, die dort mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Partei über genossenschaftliche Interessen beraten, bilden eine Klassenbewegung, die alle Gegner der freien Genossenschaft als eine sozialistische Bewegung darstellen.

Unter solchen Verhältnissen hätte von Einem ein Recht, zu sagen, daß „Neutralität“ kein guter Ausdruck sei; er mache Mißverständnisse möglich.

Wir meinen auch, daß „Neutralität“ für die Hamburger Konjunkturvereine kein richtiger Ausdruck sei. Er läßt nicht bloß Mißverständnisse zu, sondern verschleiert den wahren Charakter der genannten Genossenschaften. Die Konjunkturvereine Hamburger Richtung sind sozialistisch. Darum war die Schaffung einer wirklich neutralen Konjunkturvereinsbewegung notwendig.

Heraus mit dem politischen Massenstreik!

So ruft die radikale „Leipziger Volkszeitung“. Veranlassung dazu gibt ihr eine Aeußerung des neuen preussischen Ministers des Innern, v. Seebell, wonach die Regierung nicht beabsichtigt, eine Aenderung des preussischen Wahlrechts vorzuschlagen. Das genannte rote Blatt gibt zunächst die völlige Erfolglosigkeit der von der Sozialdemokratie veranstalteten Demonstrationen und Massenaktionen in folgenden Worten zu:

Die preussischen Parteigenossen haben sich auf jedem preussischen Parteitage und die deutschen Parteigenossen wiederholt auf den Parteitagen der deutschen Gesamtpartei über die Wahlrechtsfrage in Preußen unterhalten. Es sind Resolutionen mit auergewöhnlich großen Worten immer wieder und wieder angenommen worden. Tausende von Versammlungen haben sich im Lande mit der Frage beschäftigt und die üblichen Resolutionen einstimmig angenommen. Millionen von Flugblättern sind unter die Waffen gebracht worden. Große und bewundernswerte Demonstrationen sind von den preussischen Arbeitern, zum Teil unter Opferung von Gut und Blut, veranstaltet und hervorragend durchgeführt worden. Unzählige sind die Sitzungen und die Beratungen der Instanzen, die sich in Preußen-Deutschland mit der Frage befaßt haben. Der Erfolg ist, wie der geistige Tag bewiesen hat, gleich Null.

Nichts ist mehr geeignet, die Hohlheit der sozialdemokratischen Phrase besser zu kennzeichnen, wie dieses interessante Bekenntnis.

Die „Leipz. Volksztg.“ meint dann, es bleibe die Frage, wozu denn all die ungeheuren Anstrengungen, Mühen und Opfer gebracht worden seien und was die Partei tun müsse, um aus der „preussischen Sackgasse“ herauszukommen. Und da ist sie der Meinung, so wie bisher könne es nicht weitergehen. In den Massen der Partei herrsche ein Gefühl der Entmutigung, ja der Erbitterung darüber, daß nichts geschehe, und es hieße eine böse Vogelstraußpolitik treiben, dies alles nicht sehen zu wollen. Die Arbeiter drängten vorwärts. Jetzt helfe kein Mund-

Waggon in übermäßiger Zahl zusammengeschoben, kommen sie hier an und müssen auch in den engen Herbergen sich wieder zusammendrängen, so daß selbst in der Nacht an ein vernünftiges Stegen nicht zu denken ist. Acht Tage dauert es oft, ehe sie von ihrer Heimat an ihre zukünftige Arbeitsstelle kommen. Während dieser ganzen Zeit kommen kaum einmal die Kleider vom Leibe und ihre körperliche Reinigung ist nicht weit her. Aber meist sind sie lustig und guter Dinge dabei. Die jungen Leute tanzen leidenschaftlich gern und oft werden schon am frühen Morgen die von unbequemen Stegen in der Nacht steif gewordenen Glieder mit einem Dreher eingerollt. Eine Mund- oder Ziehharmonika liefert die Musik dazu. Bald entfernt sie der Zug in die weiten deutschen Gauen, nachkommenden Platz machend. Eben zieht wieder ein ganzer Trupp Männer, Frauen, und Mädchen dem Bahnhof zu. Wohlthuend sitzt dabei das Aussehen und Verhalten einiger junger Leute von dem Gebahren der übrigen Mitreisenden ab. Die Frauen in sauberen Anzügen, mit Camaschen und Füllbüten bekleidet, eine Krawatte auf ziemlich sauberem Vorhemd vorgebunden, die Mädchen in sauberen Reitanzügen und Hüden, so dokumentiert sich schon durch ihr Aussehen die Einwirkung deutscher Kultur in mehr oder minder langer Saisonarbeit auf diese Naturkinder.

Dieser Gedanke beschäftigt mich auch, als ich nach Erledigung meiner Angelegenheiten im Zuge sitzend, den Ort verlasse. Welch hehre, schöne Aufgabe erwacht da nicht der deutschen Arbeiterschaft, wo sie genötigt ist, mit diesen Angehörigen vernachlässigter und unterdrückter Völkerschaften zusammen zu arbeiten. Mit berechtigtem Unwillen hat bisher die einheimische Arbeiterschaft den gewaltigen Zugang ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen beobachtet. Die heillosste Bedürfnislosigkeit dieser Leute erschwert und erschwert heute noch vielfach das Vorwärtstreben der anständigen Arbeiter. Aber schon mehren sich die Anzeichen, daß auch diese Anspruchslosen zu einer höheren Wertschätzung ihrer Arbeit und ihres eigenen Jobs erwachen. Das zeigt sich nicht nur in Aeußerlichkeiten. Wichte das, was der deutsche Arbeiter bisher in seinem Umgang mit diesen Fremdlingen an deutscher Kultur, Gesittung und Streben unbewußt vermittelt hat, sich zu bewußter Erziehungs- und Kulturarbeit umfassen. Denn in dem Maße, wie die leiblichen und geistigen Bedürfnisse dieser Wanderarbeiter wachsen, je höhere Ansprüche sie an das Leben stellen, in dem Maße verlieren sie den Vorzug der billigen Arbeitskraft und vermindert sich der Druck dieser Konkurrenz. Dies in materieller Hinsicht. Freuen wir uns aber auch, wenn durch unsere Vermittlung jeden Spätherbst ein gut Teil mehr an deutscher Kultur und Gesittung mit den heimtücklichen Wanderarbeitern, jenen Zugvögeln der Menschheit, zurückflutet. Sie wird auch in jenen zurückgebliebenen Gegenden langsam aber sicher ihre belebende und treibende Kraft entfalten.

spiken mehr, jetzt müsse gekiffen werden. Die preussischen Arbeiter, die deutsche Partei, ja die sozialistische Internationale (I. D. Red.), sie alle wollten Taten sehen, denn der Worte seien genug gewechselt. Und die Leipzigerin schlußfolgert daraus:

„Die preussische und die deutsche Partei muß sich mit Mut und Kraft zu dem politischen Massenstreik bekennen. Es gibt keinen anderen Weg. . . . Der politische Massenstreik in Preußen ist die einzige politische Antwort auf die Ablehnung jeder Wahlrechtsreform in Preußen. Wir wiederholen, daß Worte genug gewechselt sind. Laßt uns Taten sehen!“

Man braucht vorerst diese Aeußerungen der auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie stehenden Leipzigerin nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Parteileitung wird sich hüten, ihrem Wunsche entsprechend zu handeln. Sie weiß ganz genau, daß die Instrumentierung des politischen Massenstreiks für die Partei ein va banque-Spiel wäre. Wir möchten auch sehr bezweifeln, daß in den sozialdemokratischen Massen die von der „Leipz. Volksztg.“ behauptete Begeisterung für den politischen Massenstreik wirklich vorhanden ist. Speziell die sozialdemokratischen Gewerkschaften, auf deren Mitwirkung das Blatt rechnet, werden sich bedanken, an einem solchen Putzsch teilzunehmen. Für sie vor allem steht zu viel auf dem Spiele. Daß die christlich-nationale Arbeiterschaft den politischen Massenstreik entschieden ablehnt, versteht sich von selbst. Sie ist zu sehr davon überzeugt, daß mit derartigen revolutionären Phantastereien den Interessen der unteren Volksschichten nicht gedient ist. Ungeteilte Freude an dem revolutionären Setze der „Leipz. Volksztg.“ werden somit nur die Scharfmacher haben.

Serunter mit der Maske!

Unter dieser Ueberschrift zieht die in München erscheinende Zeitschrift „Handel und Industrie“ (Nr. 1171, 1914) gegen den Terrorismus und den Radikalismus der Genossen vom Leber. Manches von dem, was da gesagt wird, ist gewiß berechtigt. In der Abhandlung werden aber zugleich sozialpolitische Ansichten entwickelt, die den schärfsten Protest herausfordern. So heißt es z. B. am Schluß des Artikels:

„Sie wären Narren, die Führer, wenn sie beigäben, da ihnen utopisch-soziale Versöhnungsphantasien mit liebevollem Fleiße in die Hände arbeiten und trotz den Laßen, die dem Wirtschaftsleben die Sozialpolitik bis zum Niederbrechen aber ohne jeden Erfolg aufbürdet, als opferbereite Volksbeglückter aus fremden Taschen gegen jeden Stillstand im Ausbau der Sozialgesetzgebung feierlichen Protest einlegen. Einmal stetig anschwellenden Teile der Arbeiterschaft beginnen ja wohl die Augen aufzugehen, daß sie nur Werkzeuge politischer Machtstreber sind, die sie mit der Maske des Arbeiterfreundes angetan, in den Kampf heizen, ihnen sauer erdarrte Groschen abnehmen, um sie zum Ende in Not und Elend im Stiche zu lassen. Diese Bewegung der Erkenntnis zu fördern, wäre Arbeiterfreundlichkeit in Wahrheit. Aber die utopischen Versöhnungspolitiker aus Ueberzeugung, Leichtgläubigkeit oder Rechthabererei verlagen den Arbeiter, denen die Augen aufgehen wollen, die Hilfe, den falschen Arbeiterfreunden die Maske herunterzureißen, sondern vielmehr die „Gelben“ mit Wort und Tat an. Auch sie sagen an dem Aste und dem Stamme, der die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung trägt, für sie winkt aber keine letzte Chance der Rettung im Wartwagen; wenn ihnen die Augen aufgehen, werden sie den Zusammenbruch schauen und sich schauernd gestehen müssen, daß sie wie einst die Gesellschaft vor etlichen 120 Jahren unter dem Motto après nous le déluge mit zerstörendem Feuer gespielt. Nur eine Körperschaft sah bis jetzt die Gefahr in ihrem ganzen unerbittlichen Umfang, die bayerische Reichsratskammer. Die Genossen kündigen ihr die Abrechnung an. Wir denken, das bayerische Oberhaus werde sie übersehen, ob sich die roten Wölfe auch heifer bellen!“

Und der Mann, der das geschrieben, hat den Mut, unsere Sozialreformer als Fanatiker zu bezeichnen! Er schließt offenbar von sich auf andere, denn mehr Fanatismus kann man doch kaum entwickeln, als er in seinen Ausführungen. In diesen paaren sich maßlose Uebertreibung und Unwahrheit. Solche Worte sind die beste Agitation für die Sozialdemokratie, die der Verfasser zu bekämpfen vorgibt. Dabei macht dieser seine Ausführungen unter dem Scheine der Arbeiterfreundlichkeit. Seine wahren Absichten ergeben sich aus seiner Stellung zu den „Gelben“ und — zur bayerischen Reichsratskammer, die bekanntlich in den letzten Wochen noch ihre Zustimmung zu der von der bayerischen Regierung vorgeschlagenen staatlichen Unterstützung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherungen verweigert und damit den Regierungsvorschlag zu Fall gebracht hat. Angesichts dessen könnte man auch dem Verfasser des Artikels zurufen: Serunter mit der Maske.

Offentlich gelingts nicht.

Der sozialdemokratische Verband der Freiseurgehilfen in Düsseldorf erstreckt ein Arbeitsmonopol. Das geht aus dem Tarifvertragsentwurf hervor, den er den Meistern zustellte. Wir lassen die gravierendsten Bestimmungen des Entwurfs hier folgen:

§ 1. Unterzeichneter verpflichtet sich, nur Mitglieder des Verbandes der Freiseurgehilfen zu beschäftigen und zwar ausschließlich durch die Vermittlung des vom Zweigverein Düsseldorf des Verbandes der Freiseurgehilfen unterhaltenen Arbeitsnachweises.

§ 2. Ist der Arbeitsnachweis nicht imstande, eine gemeldete Stellung zu besetzen, so ist der Kontrahent berechtigt, sich anderweitig Arbeitskräfte zu den in diesem Vertrag festgelegten Bedingungen zu beschaffen; jedoch muß der Arbeitsnachweis davon verständigt werden. Für die Erfüllung der im ersten Satz des § 1 vorgesehenen Verpflichtung kann der Unterzeichnete eine Frist von 14 Tagen in Anspruch nehmen.

Zwei weitere interessante Paragraphen haben folgenden Wortlaut:

§ 8. Um Streitigkeiten und Differenzen, die sich aus dem Vertrag ergeben, auf friedliche Weise beizulegen, wird eine paritätische Tariflichungs-Kommission, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Mitgliedern des Gehilfenverbandes, gebildet. Der unparteiische Vorsitzende wird vom Gewerkschafts-Kartell bestellt. Die Tarifkommission ist auch zuständig zur Definierung der im Vertrag enthaltenen Bestimmungen. Sie kann aber auch als begutachtende Körperschaft angerufen werden. Ausnahmen vom Vertrag darf die Tarifkommission jedoch nicht gestatten, sie kann solche Wünsche nur begutachten und den Kontrahenten zur Annahme empfehlen.

§ 9. Der Verband der Freiseurgehilfen ist gehalten, die tarifstreuen Betriebe dem Publikum in geeigneter Weise zu empfehlen. Als geeignete Empfehlung gilt die Ueberlassung eines Plakates, das vom Arbeitgeber im Geschäftsbüro zum Aushang gebracht werden muß. Weiter soll als geeignet die Bekanntgabe der Betriebe in Form eines Inserats in der „Volkszeitung“ (soziald. Organ, d. Red.) oder in Form eines Flugblattes, sowie der Ausgang von Listen in den Verkaufsstellen des Publikums, betrachtet werden.

Sind Streitigkeiten aus dem Tarifverhältnisse entstanden, so muß bis zur Beilegung derselben durch die Tarifkommission das oben genannte Plakat dem sich legitimierenden Beauftragten der Tarifkommission zurückgegeben werden. Das gleiche hat zu erfolgen, wenn ein Gehilfe in dem Geschäft nicht mehr beschäftigt wird. Der Verband ist verpflichtet, das Plakat, wenn es unausgesehen geworden, umzutauschen, jedoch muß der Arbeitgeber das Plakat in ordentlichem Zustande erhalten.

Also einen regelrechten Monopolvertrag will man. Die Meister — auch die nichtsozialdemokratischen — sollen so gezwungen werden, die Gehilfen dem sozialdemokratischen Verbands zuzuführen. Die Zumutung ist doch etwas stark. Offentlich rüttelt dieses Bestreben des genannten Verbandes auch die auf christlich-nationalem Boden stehenden Gesellen auf und veranlaßt sie, sich ihrer Gesinnung entsprechend den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Einiges über die Ausrüstung von Baumwollflanellen.

(Nachdruck verboten.)

atc. Die Ausrüstung geringer Baumwollgewebe erfordert eine eingehende Sachkenntnis und sorgfältige, gewissenhafte Arbeit. So ist bei der Ausrüstung von geringeren Baumwollflanellen die Rauherei und auch die Appretur auf den Ausfall der Ware von großem Einfluß, denn diese muß erst die „Ware machen“. Die Gewebe kommen aus der Weberei in die Warenputzerei, und es muß schon in der Weberei auf Erhalt einer gut gewebten Ware geachtet werden, da sich auch kleine Fehler, besonders bei dünneren Geweben unangenehm bemerkbar machen und durch die Rauherei sichtbare Fehler ergeben. Kleine Netzer ergeben leicht Löcher, da sich die nicht vertkreuzten Fäden lösen und beim Rauhen zerrissen werden. Dicke und dünne Stellen in der Schußrichtung des Gewebes lassen sich nach dem Rauhen deutlicher erkennen als zuvor und sind in folgedessen beim Weben zu vermeiden. Vor allem Sorge man für die Herstellung einer tadellosen geraden Leiste, denn eine solche ist für das gute Aussehen einer Ware erforderlich und hebt das Gewebe. Demzufolge ist schon auf das Räumen der Ketten zu achten. Die Leistenfäden dürfen nicht zu nahe an die Baumscheibe zu liegen kommen, da diese Fäden sonst plagen. Das Fach muß sachgemäß eingestellt sein. Es darf nicht auf der Ladenbahn aufliegen, sondern die letztere beim Passieren des Schützen nur leicht anliegen. Die Bremsung des Schußfadens darf nicht allzu stramm sein, damit keine zackige Leiste entsteht.

Zwecks Ausrüstung kommt die Ware zuerst in die Rauherei, und es ist für den Ausfall der fertigen Ware von Nachteil, wenn dieselbe in einem feuchten Lokal lagert. Es kann hier allerdings eingewandt werden, daß man die Feuchtigkeit der Ware entziehen kann, da sie beim Passieren der Raufmaschine, bevor sie auf den Tambour gelangt, über eine heizbare Trockentrommel geführt wird. Dies geschieht bei feuchter Ware jedoch nur zum Teil, und die Vorrichtung an der Raufmaschine dient dazu, die Ware mit normalem Feuchtigkeitgehalt, d. i. also trockene Ware, für das Rauhen geeigneter zu machen. Beim Rauhen ist nun zu berücksichtigen, daß der Flor, welchen das Gewebe im fertig ausgerichteten Zustande besitzen soll, beim Vorräumen erzeugt werden muß, da er sich beim Nachrauchen nur mangelhaft herstellen läßt. Besonders bei den ersten Passagen ist es von Vorteil, die Garnituren nur schwach angreifen zu lassen. Man gibt dafür eine Passage mehr und erhält einen guten Flor. Die Garnituren selbst müssen in gutem Zustande sein. Verbogene Zähne werden ausgerichtet und die Garnituren sachgemäß geschliffen. Dies geschieht mit einer zu diesem Zwecke konstruierten Maschine. Das Anhalten des Schmirgelholzes von Hand ist ein überwundener Standpunkt, da beim Schleifen mit diesem sehr leicht ein Vibrieren vorkommen kann, was zu einem mangelhaften Schleifen führt.

Die geringen Baumwoll-Flanellen werden in der Regel auf beiden Seiten geräumt. Um schöne, geschlossene Gewebeflächen zu erhalten, gibt man einige Passagen mehr und läßt die Narben nur wenig einwirken. Nachdem der beabsichtigte Flor erhalten ist, gelangt die Ware zum Appretieren.

Beim Herstellen der Appreturmasse ist zu berücksichtigen, daß stark lebende Materialien etwas vermieden werden, damit die Ware beim späteren Nachrauchen nicht zu viel Fasern zurückläßt. Die Appreturmasse darf auch nicht rauhen, sondern muß sich mit dem Gewebe gut verbinden. Es ist demzufolge auf ein gutes Verfochen und Aufschließen der Appreturmittle zu achten. Das Imprägnieren der Ware mit Appreturmasse geschieht mittels einer einfachen Maschine, welche auch mit der Trocknmaschine kombiniert sein kann. Die Ware wird durch einen die Appreturmasse enthaltenden Trog geführt und passiert ein Quetschwalzenpaar. Soll das

Gewebe nur auf einer Seite mit Masse befrachten werden, so taucht die untere Walze in den Zrog ein. Die nimmt die Masse mit und gibt sie an die eine Gewebeseite ab. Die Flanelle werden jedoch meistens beidseitig appretiert und demzufolge wird das Gewebe mittels Leitrollen durch den mit Masse gefüllten Zrog geführt und die überschüssige Masse durch die Wirkung des Quetschwalzenpaares abgequetscht. Von der größeren oder geringeren PreSSION der Quetschwalzen ist das mehr oder weniger starke Imprägnieren des Gewebes mit Appreturmasse abhängig. Demzufolge kann man bei Einholung eines ausprobierten Appretur-Rezeptes auch verschiedenartigen Appretur-Ausfall haben. Es empfiehlt sich schon deshalb, die Stärke, also die Grade der Appreturmasse auszuprobieren und nach Bedarf anzuwenden. Das Trocknen des mit Appreturmasse imprägnierten Gewebes geschieht vorteilhaft auf dem Spannrahmen-Trockenapparat, da bei diesem die Ware nicht auf Trockenkörper aufzuliegen kommt, sondern nur an den Leitrollen festgehalten wird. Das Trocknen geschieht durch die Einwirkung eines warmen Luftstromes. Da ein Aufsteigen der feuchten Ware auf Trockenkörper vermieden wird, so können auch Gewebe mit weniger echt gefärbten Garnen appretiert werden.

Bezüglich der Appreturmasse eignet sich eine Dextrin-Appretur für die Flanelle. Diese kann aus weißem oder gelbem Dextrin hergestellt werden, oder aber man kann sich den Dextrin selbst aus Kartoffelmehl herstellen. Man gibt auch gern etwas Bittersalz der Masse zwecks Beschwerung der Ware zu. Von einer größeren Zugabe ist jedoch abzuraten, da Bittersalz stark hygroskopisch ist und die Ware beim Lagern Feuchtigkeit aus der Luft aufnimmt. Wenn es die Farben des Gewebes vertragen, dann appretiert man vorteilhaft etwas heiß, damit die Masse gut in das Gewebe einzubringen vermag.

Die fertig appretierte Ware wird, bevor sie einer weiteren Behandlung unterzogen wird, vollständig austrocknen gelassen und dann kalandert. Dadurch wird der durch die Appretur erhaltene rauhe Griff beseitigt und die Ware für das Nachrauchen geeignet gemacht. Beim Nachrauchen genügen eine bis zwei Passagen auf jeder Seite. Schließlich gibt man nun noch eine Passage auf Filzmaschine und dekatiert dann, worauf die Ware gewickelt, gemessen und zum Versandt gebracht werden kann.

### Aus unserer Industrie.

#### Ausdehnung der russischen Kammgarnspinnereien.

Die deutsche und österreichische Kammgarnindustrie hat durch die fortwährend gesteigerte Produktion der russischen Kammgarnspinnereien den Verlust des früher sehr bedeutenden russischen Absatzgebietes, für welches es keinen Ersatz gibt, zu befürchten. Die schon seit Jahren in Rußland gegründeten französischen Spinnereien hatten der deutschen und österreichischen Kammgarnspinnerei bereits viele Aufträge fortgenommen, trotzdem war es immerhin noch möglich, deutsche und österreichische Fabrikate nach Rußland zu verkaufen. Neuerdings sind nun im Wolzger Bezirk nicht weniger als vier große Stabfirmen für Kammgarnspinnerei ins Leben gerufen worden, die natürlich zuerst den Bedarf des Landes decken werden, sodas für die deutschen und österreichischen Lieferanten weniger oder garnichts nach dort zu liefern übrig bleiben wird.

#### Verhärfung des Konfliktes in der Krawattenbranche.

Der Versuch der Krawattenfabrikanten, einen sogenannten „Treurabatt“ (besser gesagt Strafzuschlag) einzurichten, stößt auf größere Schwierigkeiten als sich wohl die Väter des Gedankens haben träumen lassen. Die wohlorganisierten Abnehmer stehen den Fabrikanten geschlossen gegenüber und sind nicht gewillt, sich ihre Handelsfreiheit durch Schikane beeinträchtigen, noch den Kreis ihrer Lieferanten sich vorzeichnen zu lassen. Ja, sie drohen sogar — nachdem dieses Mittel früher einmal mit Erfolg angewandt wurde — mit einer Order-Sperre gegenüber der Konvention. Den Vorteil hiervon würden natürlich die Auslandsfabriken haben, denen schon in der letzten Zeit ansehnliche Aufträge auf Kosten der Konventionsfabrikanten zugeflossen sind.

Die Verhandlungen in Düsseldorf zwischen den Fabrikantenverbänden und den Abnehmerverbänden unter Führung des Hamburger Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche haben — wie die „Textil-Woche“ meldet — nicht zu einer Verständigung geführt, da die Abnehmer jeden, auch einen von den Fabrikanten vorgeschlagenen abgestuften Schutzkonto grundsätzlich ablehnten. Die Abnehmerverbände haben den Fabrikantenverbänden einen Beschluß zugestellt, das sie sie bei Aufstellung einzelner Konditionen in vollstem Maße unterstützen würden, das sie aber die Einführung eines Schutzkontos und jede andere Zwangsmaßregel zur Beitreibung von Außenpostern ablehnen und die Mitglieder des Fabrikantenverbandes, die der Erfüllung dieses einmütigen Wunsches der Abnehmerchaft Widerstand entgegenzusetzen sollten, persönlich für diese Stellungnahme verantwortlich machen würden.

Einige Fachblätter melden, das es später doch noch zu einer Verständigung gekommen sei.

#### Exportbestrebungen in der japanischen Textilindustrie.

Unlängst hat sich in Japan eine Ausführungs-Gesellschaft für Baumwollergzeugnisse gebildet, die mit allen Mitteln bestrebt ist, den Export von Textilergzeugnissen nach der Mandchurerei zu fördern. Die Gesellschaft hat jetzt mit drei der bedeutendsten japanischen Speditionsfirmen einen Vertrag abgeschlossen, wonach die letzteren den Mitgliedern der Ausführungs-Gesellschaft ihre Erzeugnisse zu dem außerordentlich niedrigen Satze von 1 Yen per Tonne über

Korea nach der Mandchurerei zu verladen haben. Ebenso hat die japanische Staatsbahn für die Mitglieder der Ausführungs-Gesellschaft eine Frachtermäßigung von 1/3 Yen per Tonne eintreten lassen.

Gegen diese Bestrebungen ist nun unter den Kaufleuten und Händlern in der Mandchurerei, welche eine Benachteiligung und Beschneidung ihres Verdienstes zugunsten der Exporteure des Mutterlandes fürchten, eine lebhaftere Gegenbewegung entstanden, deren weitere Entwicklung auch die Aufmerksamkeit der europäischen Fabrikanten und Ausführgeschäfte beanspruchen darf.

#### Ueber die Wollschafzucht in Deutsch-Südwestafrika

Heißt es in dem Jahresbericht der Windhuker Handelskammer für 1913: „Bei der letzten Dürre hat sich gezeigt, das Wollschafe die Trockenheit besser überstehen, als unsere Afrikaner Fettschwanzschafe, weil diese mehr umherlaufen, als die ruhigeren Wollschafe. Auch hat sich erwiesen, das nicht, wie früher irrig angenommen wurde, nur der Süden unserer Kolonie sich für Wollschafzucht eignet, denn im Bezirk Windhuk bis nach Omaruru und Gobabis gibt es heute mehrere vorzüglich gebliebene Wollschafzuchten. Verschiedene Partien Wolle aus unserem Bezirk erzielten auf dem Hamburger Markt einschließlich Bauchwolle und Loden im Durchschnitt zirka 150 Pf. pro Kilogramm, obgleich die Sortierung noch mangelhaft war, ein Beweis der guten Qualität der Wolle. Die Einfuhr von 1400 Australschafen bedeutet für die hiesige Wollschafzucht einen Schritt vorwärts, und ist besonders vorteilhaft, das die Schafe von freier Weide sind, kaum einen Stall gesehen haben und sich auf der hiesigen Weide sofort heimisch fühlen, so das von Verlusten bisher nichts bekannt wurde. Muttertiere schoren 12 bis 14 Pfund und Böcke über 20 Pfund wertvolle Kammgarnwolle.“

Die alte Erörterung, ob das Schutzgebiet sich für Wollschafzucht eignet, muß als überwundener Standpunkt angesehen werden, da bereits Wollschafzuchtereien existieren mit einer jährlichen Wollproduktion im Werte von 15 bis 20000 Mark. Im Jahre 1907 hatte unser Schutzgebiet 3500 Wollschafe, wogegen der Bestand heute auf etwa 60000 gestiegen ist.“

#### Cölnner Verbundausstellung und Textilindustrie.

Der gewaltige Aufschwung, den die gesamte Industrie vom Anfange des 19. Jahrhunderts angenommen hat, brachte auch gänzlich veränderte Produktionsmethoden mit sich. Die bisherige gewerbliche Produktion wurde zur Massenproduktion umgestaltet, die ihren scharfen Stempel dem gesamten Kulturleben aufdrückte.

Im engsten Zusammenhange mit der tiefgreifenden Umgestaltung der ganzen Industrie vollzog sich auch die Rohstoffverarbeitung in der deutschen Textilindustrie. Aus den qualitativ hochstehenden handwerklichen Produktionsarten entwickelte sich nach und nach die moderne Quantitätsproduktion. Aus überseeischen Ländern wurden der aufblühenden deutschen Textilindustrie große Massen billiger Rohstoffe zugeführt. Mit der kulturellen Hebung dieser Länder ging die Bevölkerung derselben aber immer mehr selbst zur Verarbeitung der Rohstoffe über und konnten bald als Konkurrenten auf dem Weltmarkte auftreten. Die Rohstoffausfuhr dieser Länder wurde daher verhältnismäßig immer geringer und die notwendige Folge war eine Preissteigerung der Rohstoffe.

So schwere Opfer es auch der deutschen Textilindustrie gekostet hat, für ihre gewaltige Massenproduktion sich die besten Absatzgebiete zu schaffen, so wird es ihr doch wohl kaum möglich sein, diese fernerhin mit Massenproduktion zu halten. Wie keine hochstehende Industrie, so kann auch das deutsche Textilgewerbe auf die Dauer nicht davon leben, die Erzeugnisse der kulturell niedriger stehenden Völker zu unterbieten. Sie muß darauf bedacht sein, aus den teuren Rohstoffen einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen und dem deutschen Geschmack gegenüber dem englischen und französischen auf dem Weltmarkte die gebührende Stellung zu sichern.

Im engsten Zusammenhange mit der Textilindustrie steht auch die Mode. In gewisser Beziehung könnte man die Textilindustrie auch Modeindustrie nennen. Bis jetzt hatten Frankreich und England in bezug auf die Mode die Führung. Das braucht aber nicht immer so zu bleiben. Deutschland, das kulturell mindestens so hoch steht wie die genannten Länder, ist infolge der geistigen und technischen Vorzüge seiner Bevölkerung wohl befähigt, ein gewichtiges Wort in der Mode mitzusprechen. Will sich Deutschland aber an der Mode seinen Anteil sichern und auf den der deutschen Art näherliegenden Gebieten allmählich zu einem Modezentrum werden, dann muß die ganze Nation mitmachen, alle müssen mitfühlen, verstehen, mitarbeiten, wenn der Wille einer geschmackvollen deutschen Richtung in die Tat umgesetzt werden soll. Dies ist aber wiederum nur möglich durch ein Zusammengehen von Kunst, Handwerk und Industrie.

Die Deutsche Verbund-Ausstellung Cöln 1914, die am Sonnabend, den 16. d. M., eröffnet ist, wird uns in dieser Beziehung etwas Vorbildliches zeigen, und vielleicht gelingt es hier, den Grund zu einer deutschen Mode zu legen. Die Ausstellung wird uns dartun, wie tief der Gedanke der Qualitätsarbeit bereits in der deutschen Industrie Wurzeln geschlagen hat. In der Abteilung „Textil- und Bekleidungsweisen“ werden die verschiedensten Qualitätszeugnisse dieser Industrie gezeigt werden, und in der „Farbenschau“ bieten die Elberfelder Farbfabriken sowie die Badischen Anilinfabriken ein Einblick in den hohen Stand der deutschen Färberei. Ferner werden in einem in der leggenannten Abteilung befindlichen Modelltheater künstlerische Frauenkleider usw. vorgeführt werden.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosen-Berichterstatte in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, das am Samstag, den 30. Mai, Arbeitslosenzähltag oder richtig für den Monat Mai ist. Alle an diesem Samstag arbeitslosen Mitglieder sind zu zählen und über das Resultat dieser Zählung ist an die Zentrale zu berichten.

Die Berichtskarten (graue Monatskarten) sind spätestens vier Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale einzufenden. Wir bitten die Vorstände in den Ortsgruppen, dafür Sorge zu tragen, das alleseitig pünktlich und frühzeitig berichtet wird. Man vergesse die Angabe der genauen Mitgliederzahl der Ortsgruppe am Schluß des Monats nicht.

Mit kollegialem Gruß  
Die Zentralfstelle.

#### Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

##### Glauchau-Meerane.

Zum Kampf um den Roh- und Buntwarentarif. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband macht gegenwärtig kräftigste Bemühungen, um einen Streit wegen der Streitigkeiten über die Definiierung des Begriffes Roh- oder Buntware aus dem Wege zu gehen. Im Interesse der Arbeiterschaft wäre zu wünschen, das die berechtigten Wünsche derselben in bezug auf den Tarif endlich erfüllt würden. Dauern die Streitigkeiten hierüber doch schon ungefähr sechs Jahre. Ebenso wünschenswert wäre es, wenn der „deutsche“ Verband im Westen Deutschlands, wo der christliche Textilarbeiterverband dominiert, seinen Radikalismus etwas ablegte und mehr nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelte. Vorläufig dürften wir diese Hoffnung noch nicht erfüllt sehen. Nur in seinen Domänen ist der „deutsche“ Verband sehr zahlm. Hier muß die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft alles tun und alles lassen, was von „oben“ kommandiert wird. Das man dabei oft den in christlichen Gegenden beobachteten radikalen Klären der sozialdemokratischen Verbandsleitung Ratfahende Ohrfeigen versetzt, was tut es! Wir sind hier ja im „roten Sachsen“. Was durch mangelhafte gewerkschaftliche Erfolge verloren geht an Ansehen und Mitgliedern, das bringt die politische sozialdemokratische Verbeugung nachher bestimmt wieder ein. Das weiß auch die sozialdemokratische Verbandsleitung. Deshalb darf sie ruhig einen Streit erfolglos abbrechen, wie es bei der Firma E. B. Reinhold und Otto Schmiedler in Meerane geschah. Hätten die Christlichen so etwas gemacht, so wäre im roten Lager der Ruf „Arbeiterverräter“ in allen Tonarten erklingen.

In Meerane mußte die Arbeit wieder aufgenommen werden, um „weitere Verhandlungen zu ermöglichen“. Die „Neußische Volkszeitung“ schrieb hierzu in Nr. 87: „... die Arbeitnehmerbeisitzer in der Neunerkommission haben die Ueberzeugung gewonnen, das die Webfabrikanten ernstlich bestrebt sind, durch Verhandlungen die Differenzen beizulegen.“

Das war der Stand der Bewegung am 18. April. In der folgenden Zeit hat sich das Bild aber wesentlich geändert. Das „ernstliche Bestreben der Arbeitgeber, durch Verhandeln die Differenzen beizulegen“, wird in der „Neußischen Volkszeitung“ vom 5. Mai folgendermaßen besprochen:

„In der Schlußverhandlung der Neunerkommission haben die Webfabrikanten, vorbehaltlich der Zustimmung der Webereigruppen (Fabrikanten in den einzelnen Orten, D. B.) des Gesamtbezirkes, ein Angebot gemacht, das in Wirklichkeit keine Lösung der Differenzen bringt, sondern den Bunttarif gefährdet und für die Weber und Weberinnen in allen Ortsgruppen, einschließlich Meerane-Glauchau, eine wesentliche Lohnkürzung bringen würde. Die Vertrauensleute aus den Webereien des Gesamtbezirkes haben das Angebot geprüft und weil es unannehmbar ist, Weiterführung der Verhandlungen in der Neunerkommission angezogen; auch soll der Vorsitzende des Verbandes Sächsisch-Elbingerischer Webereien, Kommerzienrat G. Ruch in Greiz, um Vermittlung angegangen werden; letzteres meist zu dem Zwecke, Lohnkürzung für die Weber und Weberinnen in Gera (Wechselschularbeit) abzuwehren.“

Die Neunerkommission soll nach dem Bericht der „Neußischen Volkszeitung“ weiter verhandeln! Dieselbe Kommission, worüber genannte sozialdemokratische Zeitung schrieb: „Die Neunerkommission hat den Arbeitern nicht zu ihrem Recht verholfen.“ In der Kommission sitzen auch vier sozialdemokratisch organisierte Weber. Es ist bezeichnend, das die „Neußische Volkszeitung“ diesen Genossen ein solches Zeugnis ausstellt.

Unsere Mitglieder drängen im Lande mögen aber aus vorstehendem ersehen, wie der „deutsche“ Verband dort, wo er die Mehrheit hat, „fortwurstelt“. Helfe was helfen mag! lautet hier der Ausruf — und ein Kommerzienrat wird angefleht, zu verhüten, das die Löhne nicht gekürzt werden.

Wir erhalten nachträglich die Mitteilung, das die Differenzen durch gegenseitiges Entgegenkommen beigelegt sind.

#### Aus unseren Bezirken.

##### Wirtschaftskrise und Lohnbewegungen im M.-Gladbacher Bezirk.

In Zeiten einer Wirtschaftskrise gibt es immer Arbeiter, die ihrer Organisation den Rücken kehren. Sie tun dies mit der Begründung, das in solchen Zeiten die Gewerkschaft für ihre Zweckmäßigkeit nicht den Beweis erbringe. Auch viele Unorganisierte berufen sich in Krisenzeiten so gerne darauf, das der Verband für die Arbeiter keinen Wert

habe, weil dann ja doch an ein Streiken nicht gedacht werden könne. Durch solche Anschauungen dokumentieren diese Arbeiter, daß sie in das wirkliche Wesen der gewerkschaftlichen Aufgaben nicht die notwendige Einsicht gewonnen haben. Wir wollen darum an mehreren Bewegungen aus unserem Gladbacher Industriebezirk nachweisen, daß auch in Krisenzeiten die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter einen recht großen Wert hat, ja in solchen Zeiten erst recht. Wir führen nur einige Bewegungen der letzten Zeit hier an, die, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, trotz der Krisenzeit den Arbeitern zum Teil sogar beachtenswerte Erfolge brachten.

Unter Berufung auf die ungünstige Geschäftslage weigerte sich die Firma Götz u. Kirch, besonders im Tarif vorgesehene Vergütungen noch weiter zu bezahlen. Als alle Verhandlungen zum Zwecke einer friedlichen Verständigung mit der Firma ergebnislos blieben, reichten die Arbeiter mit Genehmigung der Verbandsleitung die Kündigung ein. Nach mehrwöchentlichem Streit endete dieser Kampf für die Arbeiter mit einem vollen Erfolge. Die Firma verpflichtete sich, die tariflichen Bestimmungen voll und ganz einzuhalten, und die Arbeiter erhielten somit auch wieder die besonderen im Tarif vorgesehenen Vergütungen.

Die Firma S. Jonas konnte sich auch mit ihren Arbeitern, die Lohnforderungen eingereicht hatten, nicht auf gutlichem Wege einigen. Auch hier kam es im Einverständnis mit dem Zentralvorstand unseres Verbandes zu einem Streit, der damit endete, daß die Firma den berechtigten Wünschen der Arbeiter in befriedigender Weise entsprechen mußte. Also auch hier, trotz der schlechten Konjunktur, ein schöner Erfolg für die Arbeiter, der in diesem Falle sogar noch in höheren Löhnen seinen Ausdruck fand.

Einen mehrmonatlichen Abwehrkampf gegen eine beabsichtigte Lohnverschlechterung waren die Arbeiter der Firma Winands, Casteel und Giefen in Hildt zu führen gezwungen. Die Leitung unseres Verbandes kam auch in diesem Falle den Arbeitern, die sich mit vollem Rechte mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln gegen die Verschlechterung zur Wehr setzen wollten, soweit als nur möglich entgegen und genehmigte die Einreichung der Kündigung. Leider mußte dieser Kampf, nachdem er mehrere Monate lang mit Hilfe und mit Unterstützung des Verbandes von den Arbeitern in musterwürdiger Weise geführt worden war, ergebnislos abgebrochen werden, da nach und nach eine große Anzahl Arbeitswilliger den Streikenden in den Rücken fiel. Es können halt nicht alle Lohnkämpfe, selbst nicht einmal bei einer guten Geschäftslage, für die Arbeiter gewonnen werden. Unzweifelhaft steht fest aber, daß auch bei diesem Kampfe der Verband seine volle Pflicht und Schuldigkeit gegenüber den Arbeitern erfüllt hat.

Auch als bei der Firma Friz Cohen ernsthafte Differenzen wegen der Nichtvergütung, bezw. der ungenügenden Vergütung für die Verarbeitung schlechtgängigen Materials und für das Cuponweben entstanden, erteilte der Zentralvorstand die Genehmigung zur Einreichung der Kündigung. Die Firma zog es aber vor, noch bevor es zur Einreichung der Kündigung kam, befriedigende Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen.

Mehrere Weber der Firma Melde u. Heris sahen sich genötigt, die Firma am Gewerbegericht zu verklagen, weil auch diese Firma den betreffenden Webern Vergütungen, die früher zwischen Firma einerseits und der Arbeiterchaft andererseits vereinbart worden waren, nicht mehr ausbezahlt hatte. Die Weber, die am Gewerbegericht ihr Recht gesucht hatten, wurden von der Firma gekündigt. Im Einverständnis mit der Verbandsleitung reichten daraufhin auch die übrigen Weber die Kündigung ein und der Firma blieb nunmehr nichts anders übrig, als die ihrerseits ausgesprochenen Kündigungen wieder zurückzuziehen, worauf auch die Zurücknahme der Kündigung durch die Weber erfolgte.

Ein Streit der Passierer bei der Firma Richter u. Ebels endete ebenfalls mit einem vollen Erfolge für unsere Kollegen. Unser Zentralvorstand hatte sich deswegen mit dem Streit der Passierer einverstanden erklärt, weil es sich in diesem Falle auch wiederum um eine Abwehr gegen eine Lohnverschlechterung handelte. Unsere christlich organisierten Passierer haben durch den Streit nicht nur allein diese Verschlechterungen abwehren können, sondern auch noch damit erreicht, daß die Firma für die Zukunft eine besondere Vergütung für Ueberstunden und für Sonntagsarbeit entrichten muß.

Das Recht, nötigenfalls die Kündigung einzureichen, wurde weiter den bei der Firma Richter u. Ebels beschäftigten Webern von unserer Verbandsleitung eingeräumt. Die Weber bei dieser Firma hatten den Tarif gekündigt und in einem neuen eingereichten Tarifentwurf Verbesserungen beantragt und vor allen Dingen eine entsprechende Erhöhung der tariflichen Grundlöhne gefordert. Beides wurde den Webern, allerdings erst nach mehrmaligen längeren Verhandlungen zwischen der Firma und den Verbandsvertretern und Arbeiterauschussmitgliedern, zugestanden.

Wir haben absichtlich nur diejenigen Bewegungen der letzten Monate hier angeführt die schon einen ernstlichen Charakter anzunehmen drohten, weil es, wie schon eingangs in dieser Abhandlung betont wurde, bedauerlicherweise noch immer Leute gibt, die der Meinung sind, daß in Zeiten eines ungünstigen Geschäftsganges selbst organisierte Arbeiter alles über sich ergehen lassen müßten und vor allen Dingen von dem Mittel der Arbeitsseinstellung keinen Gebrauch machen könnten. Neben diesen Bewegungen, die alle das Nachsuchen um die Genehmigung zur Einreichung der Kündigung bei der Verbandsleitung erforderlich machten, können wir auch noch eine Anzahl friedlich verlaufener Bewegungen registrieren. Hier sei nur kurz erwähnt: Bei einer Firma wurde eine 15 prozentige Lohnaufbesserung erzielt, für die 3 Wirne einer Gladbacher Tuchfabrik eine 20 prozentige Lohnreduktion und in einem anderen Falle die ver-

suchte Einführung des Dreistufensystems für Weberinnen mit Erfolg abgewehrt. Wer möchte angesichts dieser Tatsachen nun noch wohl glauben machen wollen, der Verband hätte in der sogenannten guten Zeit zwar keine Bedeutung, dagegen vermöge man seine Zweckmäßigkeit in Zeiten einer Wirtschaftskrise nicht einzusehen?

Der Arbeiter verrät fürwahr wenig Einsicht in die entwickelten Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens, hat schlecht die Mittel gewerkschaftlicher Erziehung und Bildung benützt, der zu derartigen törichten Behauptungen greift. Es kann u. G. gar keinem Zweifel unterliegen: Die einzelnen Arbeiter würden noch in ganz anderer Weise die Schläge der augenblicklichen Wirtschaftskrise zu fühlen bekommen, wenn die Gewerkschaften, was besonders hier für unsern Gladbacher Bezirk zutrifft, durch den Abschluß von Tarifverträgen und Lohnlisten einer besonders fühlbaren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht entgegengearbeitet hätten, wenn sie überhaupt nicht einen wirklichen Machtfaktor in der Volkswirtschaft geworden wären, mit dem man rechnen muß. Mit den Lohnbewegungen allein, die durchaus nicht immer den Charakter von Streiks anzunehmen brauchen, ist die wirtschaftliche Seite der Gewerkschaften noch lange nicht erschöpft. Dadurch, daß die Verbände in Tarifverträgen oder in anderen schriftlichen Vereinbarungen mit den Unternehmern Bestimmungen aufzunehmen suchen, die die Arbeitsverhältnisse — Arbeitszeit, Sonntags- und Ueberarbeit, Beschaffenheit der Arbeitsräume usw. — regeln, daß sie Gemeinschaftsgefühl und Solidarität unter den Standesgenossen wecken, schaffen sie weitere Werte, die sich in Zahlen weniger messen, dafür aber umso mehr in kulturelle Werte umschmelzen lassen. Als ihre letzte Aufgabe betrachten ja die Gewerkschaften die wirtschaftliche, in gewissem Sinne geistig-sittliche und damit kulturelle Hebung des Arbeiterstandes. Unsere Gewerkschaften treiben auch eine recht produktive Arbeit, wenn sie, wie dieses ganz besonders gegenwärtig wieder der Fall ist, sich mit Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung befassen. Die Früchte dieser produktiven Arbeit unserer Gewerkschaften kommen später den Mitgliedern einmal in Gestalt erhöhter gewerkschaftlicher Leistungsfähigkeit und gesetzgeberischer Ergebnisse zustatten.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Machen.** Aus dem Tätigkeitsbericht des hiesigen Ortskartells. Es fanden im Berichtsjahre 3 Vorstandssitzungen, 5 Delegiertenversammlungen, sowie 2 öffentliche Versammlungen statt. Die öffentlichen Versammlungen, welche im Verein mit dem sozialen Ausschuss tagten, besaßen sich 1. mit den sozialen Wahlen und 2. mit dem Bericht über den dritten Deutschen Arbeiterkongress. In den Delegiertenversammlungen wurde behandelt: Zusammenlegung der beiden Spruchkammern am hiesigen Gewerbegericht. Es wurde diesbezüglich eine Eingabe gemacht. Des weiteren wurde gearbeitet in der Jugendfrage. Die 1913 hier abgehaltene Vergarbeiter-Generalversammlung erforderte ebenfalls die Mithilfe des Ortskartells. Viele Arbeiten brachten die 1913 getätigten sozialen Wahlen, welche ja auch durch die geteilten Vorarbeiten für unsere Listen glänzend verlaufen sind. Mit der Frage: „Machen Industrie oder Badestadt“ befaßte wir uns ebenfalls. In Sachen der Deutschen Volksversicherung wurde außerdem gearbeitet und hierfür Poststraße 56 eine Infanzstelle errichtet. Die Bestrebungen der Handlungsgehilfen wurden durch Verteilen und Anleihen der Zettel „Kaufet nicht an Sonntagen“ unterstützt. In Sachen der Arbeitslosenversicherung wurde erneut eine Eingabe an die Stadt gemacht. Außerdem wurde in den Herbstferien ein sozialstudentischer Kursus abgehalten, welcher sich mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung befaßte. In der Diskussion über den Jahresbericht, der in der letzten Kartellsitzung vom Kollegen Boltes erstattet wurde, sprachen einige Kollegen über die Deutsche Volksversicherung und über die Notwendigkeit der Arbeitervertretervereinigungen. Nach der Rechnungsablage wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Nur für einige Kollegen, welche aus wichtigen Gründen ihren Posten nicht beibehalten konnten, wurden neue Vertreter gewählt. Es wurde beschlossen, einen Antrag an das Bezirkskartell einzureichen zwecks Neuregelung der Beiträge. Des weiteren wurde die Jugendagitation besprochen und konnte festgestellt werden, daß die Zahl der organisierten Jugendlichen gut voran gegangen ist. Zum Schluss wurde über einen eventuellen gemeinsamen Besuch der Deutschen Werkbundausstellung in Köln beraten.

**Hannover-Linden.** Mechanische Weberei Linden. Folgenden Bericht von der Generalversammlung der Aktionäre der Mechanischen Weberei Linden entnehmen wir dem „Hannoverschen Courier“. Er dürfte auch für unsere Verbandskollegen von großem Interesse sein.

„In der ordentlichen Generalversammlung stellte ein Aktionär verschiedene Anfragen. Auf diese Anfragen antwortete der Vorsitzende Herr Dr. Fleck-Hannover etwa folgendes: Der Gewinn stieg sich im Jahre 1913 etwa 104000 M. geringer als 1912; ferner sind die Ausgaben, besonders für Steuern, etwa 90000 M. gestiegen. Hieraus und auch aus dem Vergleiche der beiden Bilanzen ergibt sich, daß das Resultat für 1913 sich nur unwesentlich von dem des Jahres 1912 unterscheidet. Die Angaben in dem Geschäftsbericht für 1912, daß die Produktion ausverkauft sei, war vollkommen richtig und wahrheitsgetreu. Daß der Gewinn des letzten Geschäftsjahres hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben ist, trotzdem die Produktion ausverkauft war, läßt sich folgendermaßen erklären. In den Monaten, die für den Verbrauch die wesentlichsten sind, nämlich im Herbst, war das Wetter für unsere Fabrikate recht ungünstig. Nun stellte sich heraus, daß unsere Großabnehmer, die auf einen starken Konsum gerechnet hatten, auch anderweitig, besonders vom Auslande her, in Welvel große Einkäufe gemacht hatten, und da nun das Geschäft sich wegen des ungünstigen Wetters in den Hauptabnahmonaten nicht so gut anließ wie im Vorjahre, so hatten diese Großabnehmer große Läger in Welvel, weshalb sie sich mit der Abnahme nicht sehr beeilten. Auf eine Annulierung der Aufträge lassen wir uns nicht ein, wie bereits früher betont worden ist, aber andererseits mußten wir doch dadurch Rücksicht walten lassen, daß wir nicht zu rigoros gegen unsere Großabnehmer vor-

gingen. Wir mußten die augenblickliche Lage in wohlwollender Rücksicht ziehen. Die Abnahme der Großabnehmer war also, wie gesagt, in den Wintermonaten recht schleppend, und das prägt sich naturgemäß in den Gewinnziffern aus. Wir haben die Geplagtheit, bei der Aufstellung der Bilanz sehr streng und solide vorzugehen; wir verrechnen auch nicht die nicht fakturierten Aufträge. Hierdurch erklärt es sich, daß, trotzdem die ganze Produktion ausverkauft war, ein geringerer Gewinn als im Vorjahre erzielt wurde. Ein allzu großer Unterschied liegt aber, wie bereits erwähnt, in den Gewinnziffern der beiden letzten Geschäftsjahre nicht.

Auf die Anfrage, weshalb die Verwaltung erst jetzt zu der Erkenntnis gekommen sei, Extra-Abschreibungen vorzunehmen und dieses nicht bereits in früheren Jahren, wo höhere Dividenden gezahlt wären, getan habe läßt sich zunächst sagen, daß es sich hier auch wirklich um Extraabschreibungen handelt, d. h. um solche, die eigentlich nicht nötig waren. Wir hätten sie vom kaufmännischen und juristischen Standpunkt aus auch als Gewinn verteilen können. Es muß aber betont werden, daß die Verhältnisse sich doch etwas geändert haben. Wir leben nicht mehr in der Zeit der Welvelnot, wie sie in den Jahren 1902 und 1903 sich ausdrückte, auch können wir heute nicht sagen, daß wir die ganze Produktion verkauft haben; aus diesen Gründen war die Verwaltung verpflichtet, einen größeren Teil des Gewinnes zu reservieren, um auch dadurch der Dividende eine gewisse Stabilität zu geben. Im vorigen Jahre war unser Bankguthaben etwa eine Million höher; das ist auf den schleppenden Absatz zurückzuführen, wodurch naturgemäß die Läger sich vergrößerten und sich die liquiden Mittel verringerten. Die Verwaltung ist aber nicht, wie angenommen zu werden scheint, erst jetzt zu der Einsicht gekommen, Extra-Reservestellungen zu machen, sondern daß sie das schon früher getan hat, kommt in der jedesmaligen Erhöhung des Vortrages zum Ausdruck; es ist daher durchaus unrichtig, zu sagen, daß wir 1912 den ganzen Gewinn ausgeschüttet hätten. Die sehr vorsichtige Bilanzierung erklärt sich zum Teil auch daraus, daß wir den Geschäftsgang nicht so voraussehen können wie im Vorjahre. Hauptsächlich kommt es auf das Wetter an, mit dem der Bruch eng in Verbindung steht. Augenblicklich haben wir einen guten Absatz noch nicht. Aus Aktionärkreisen wurde darauf hingewiesen, daß man mit dem Resultat des abgelaufenen Geschäftsjahres recht gut zufrieden sein könne. Der Vorsitzende hob dann noch weiter hervor, daß die Mechanische Weberei doch ein Textilunternehmen sei und man sich die anderen Textilunternehmen einmal ansehen solle. Mit dem Reingewinne, die die chemischen Fabriken durch ihre Patente usw. erzielen, könne man sich unmöglich vergleichen. Ein Textilunternehmen aber, welches 20 Prozent Dividende zahle, marschiere immer noch an der Spitze. Man scheine das vollständig vergessen zu haben, das „up and down“ wie in früheren Jahren würde allerdings nicht wiederkehren, weil der Artikel Welvel sich zu einem stabileren Artikel ausgebildet habe, aber immerhin hänge man doch von dem Wetter und der Mode ab. Was nun den Rückgang des Kurses betreffe, so kann uns das ja einerlei sein, aber durch die diesbezüglichen unglücklichen Mitteilungen in der Presse ist doch das Herbstgeschäft zum Teil ungünstig beeinflußt. Ferner muß betont werden, daß die Herren Aktionäre durch die letzten Dividenden sehr vermehrt sind.

Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres berichtete der Vorsitzende dann folgendes:

„Sie wissen aus dem Geschäftsberichte, daß das Wetter in den Hauptverkaufsmonaten des verfloffenen Jahres für unser Geschäft sehr ungünstig war, infolgedessen sich gerade unsere Großabnehmer, die bei der Welvelnot sich auch anderweitig Ware verschafft hatten, auf nicht unbedeutenden Lägern und üben daher sowohl im Absatz wie auch bei der Erteilung neuer Aufträge zurzeit eine begreifliche Zurückhaltung. Wie Ihnen bereits in den verschiedenen Generalversammlungen mitgeteilt ist, lassen wir uns auf Annulierung von Aufträgen prinzipiell nicht ein, andererseits aber werden Sie es begreifen, daß wir bei guten und treuen Kunden bei der Abnahme nicht den schroffen gesetzlichen Standpunkt einnehmen können. Der störende Bruch macht sich in der Fakturziffer naturgemäß unangenehm bemerkbar, außerdem wächst dadurch unser Lagerbestand, und es werden wiederum dadurch unsere liquiden Mittel verringert.“

Angesichts des von mir geschilberten Fehlens der großen Aufträge setzt sich der Ordnungsengang aus vielen kleinen Aufträgen zusammen und ist unter Berücksichtigung dieses Umstandes ein befriedigender, zumal wenn man bedenkt, daß das Frühjahrsgeschäft im allgemeinen, wenigstens für uns, von allzu einschneidender Bedeutung nicht ist und naturgemäß nicht sein kann, weil unser Artikel ein Artikel für die kühlere Jahreszeit ist. Es kommt also darauf an, ob das Herbstgeschäft die von mir geschilberten ungünstigen Faktoren ganz oder teilweise wieder wettmachen kann, und das hängt wiederum teils von der Witterung ab, über die etwas Gewisses niemals gesagt werden kann, teils von der Mode, deren Tendenz auch nicht mit absoluter Gewißheit berechnet werden kann. Immerhin ist hinsichtlich des letzteren Punktes zu konstatieren, daß nicht bloß unsere DIRECTION, sondern auch die seriöse Fachpresse auf dem Standpunkte steht, daß Samt nach wie vor ein bedeutender Konsumartikel sein wird, und daß daher in den Hauptverkaufsmonaten mit einer Belebung des Geschäftes wohl gerechnet werden kann.

Auf die Anfrage, was denn dem Welvel Konkurrenz mache und ob man sich der letzteren nicht anpassen könne, erwiderte Kommerzienrat Uebelen, daß selbstverständlich von Seiten der Verwaltung alles geschähe, um dem Artikel Welvel immer wieder neues Leben einzuflößen und durch geeignete Reklame auf Welvel hinzuwirken. Eine Zeit lang wären einmal gerippte Sammete sehr in Aufnahme gekommen, und man habe dieser Mode auch in Linden Rechnung getragen, aber es herrsche in Fachkreisen die Ansicht, daß man von dieser Mode doch recht bald wieder abkommen werde.

**Münch en.** Die Arbeitslosenversicherung und die christliche Arbeiterchaft. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften und der Bezirksverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Münchens hielten am 9. Mat eine sehr stark besuchte Vertrauensmännerversammlung ab. In derselben sprach Kollege Junke über Arbeitslosenfrage und Reichsratskammer. Der Redner nahm entschiedene Stellung gegen den Beschluß der Reichsratskammer. Die Forderung geht nicht nach einer Arbeitslosenfürsorge, sondern nach einer Versicherung, denn eine Geldunterstützung ohne Gegenleistung kommt einem Almosen gleich, während eine Versicherung auch einen erzieherischen Wert hat; die Arbeitslosen werden dabei wohl von den Arbeitschaften getrennt. Der Regierung muß man es danken, daß sie als erste in Deutschland an dieses Problem herangetreten ist und es in die Praxis umsetzen wollte. Man mußte zu einem Versuch kommen, weil man nur in der Praxis die Für und Wider auf ihre Berechtigung erproben kann. Es ist schade um die ungeheure Arbeit, die jetzt umsonst geleistet wurde.

Bezüglich des Reichratsbeschlusses müsse man sich wundern, daß man nicht den Mut gehabt hat, zu sagen, daß es sich nicht um 75 000 M. handelt, sondern darum, die soziale Fürsorge nicht weiter zu führen. Die Unterströmung, welche ein Haß in der Sozialpolitik will, hat geseigt. Der Beschluß ist im Grunde geboren aus einer antisozialen Stellung. Entschieden müsse zurückgewiesen werden, daß es sich bei der Arbeitslosenversicherung um eine sozialdemokratische Forderung handle. Heute, wo Millionen Arbeiter nicht im sozialdemokratischen Lager stehen, könne man nicht mehr mit dem roten Lappen winken. Um das vorliegende Material der christlichen Arbeiterschaft hat sich die Reichratskammer einfach nicht gekümmert. Zu der jehigen Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Reichratskammer führte der Redner aus, daß der gegenwärtige Kampf der Sozialdemokratie gegen die erste Kammer das Ungeschickteste ist, was sie tun kann; damit wird die Reichratskammer nicht aus dem Sattel gehoben, und der Arbeiterschaft wird damit nur geschadet, ebenso der Sache. Gegen die parteipolitische Ausschaltung dieser ersten Sache müsse energisch protestiert werden; dadurch entstehen nur immer größere Schwierigkeiten. Auf die 75 000 M. verzichte man, weil sie der Arbeiterschaft nichts nützen und den Versicherungsgebern preisgeben. Die Arbeitslosenversicherung muß und wird trotz alledem kommen. In das Referat knüpfte sich eine sehr lebhaft und zustimmende Aussprache. Die Stellungnahme wurde schließlich in der nachstehenden Entscheidung zum Ausdruck gebracht:

„Die Vertrauensleute der christlichen Arbeiterschaft bedauern lebhaft die ablehnende Stellungnahme der Reichratskammer bezüglich eines staatlichen Zuschusses zur Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung. Sie protestieren gegen den Versuch, die Arbeitslosenversicherung zu einer ausschließlich sozialdemokratischen Forderung zu stempeln und verweisen darauf, daß auch die christliche Arbeiterschaft die Arbeitslosenversicherung auf mehreren Kongressen gebilligt und wegen ihrer Einführung an die Gesetzgebenden Faktoren petitioniert hat. Diese ihre Forderungen hält die christliche Arbeiterschaft auch künftig aufrecht. Sie stellt deshalb an die Kammer der Abgeordneten das dringende Ersuchen, den Beschluß der Reichratskammer abzulehnen und auch ferner darauf hinzuwirken, daß Staatsmittel zur Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden. Die Versammelten geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadtgemeinde München auch ohne Aussicht auf sofortige staatliche Beihilfe die geplante Arbeitslosenversicherung noch in diesem Jahre einführen wird.“

**München.** Eine der jüngsten Ortsgruppen unseres Verbandes dürfte wohl die Ortsgruppe München sein. Nachdem durch einige Betriebsversammlungen und fleißige Agitation der Boden gut vorgearbeitet worden war, konnte am 12. Mai die erste Mitgliederversammlung abgehalten werden. Die Mitglieder der jungen Ortsgruppe waren sehr zahlreich erschienen. Den Vorsitz hat in dankenswerter Weise die Kollegin Anna Pfab übernommen. Kollege Wittelnd konnte den Kolleginnen auch gleich berichten über eine Verhandlung, die mit dem Inhaber der Firma Witwe Haufer stattgefunden hatte. Einen kleinen Erfolg haben die Arbeiterinnen schon gleich erzielt, indem die Firma das Versprechen gab, eine Steigerung der Löhne einzutreten zu lassen. Auch werden für die Folge 10 Pfg. Vergütung für Überstunden gezahlt. Einige sonstige Wünsche versprach die Firma ebenfalls im Sinne der Arbeiterinnen zu regeln. Hoffentlich wird die Firma ihr Versprechen halten und recht bald eine Lohnsteigerung eintreten lassen. Dieses ist erreicht worden durch die Einigkeit der Arbeiterinnen. Bedauerlicherweise versuchten einige im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband organisierte Arbeiterinnen im Betriebe die Einigkeit zu stören, indem sie unsere Mitglieder gegen unseren Verband und dessen Führer aufzuheben versuchten. Die Sache ist jedoch zu plump angelegt, um unsere Mitglieder täuschen zu lassen. Daß es da ohne Lügen und Verleumdungen nicht abgeht, geht auch daraus hervor, daß man den Arbeiterinnen weiszumachen versuchte, daß in unseren Versammlungen der Pfarrer spricht. Auch hat man unsere Leute an anderen Tagen gefragt, wieviel Rosenkränze sie gebetet hätten. Von einem unserer Mitglieder wurde in höhnischer Weise gesagt, er sehe aus wie einer, der in der Prozession das Weibtragenschweifel trägt. So steht die „religiöse Neutralität“ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in der roten Hochburg Nürnberg aus. Damit ist aber auch der Beweis geliefert worden, wie notwendig es war, in Nürnberg den christlichen Textilarbeiterverband einzuführen. Einige Arbeiterinnen haben auf Grund dieser Vorlesung der „deutschen“ Organisation den Rücken gekehrt und sind zu unserem Verbande übergetreten. Auf alle die anderen Unwahrheiten, die in den sozialdemokratischen Versammlungen gegen uns vorgetragen worden sind, wollen wir heute nicht eingehen, um die so notwendige Einigkeit unter den Arbeiterinnen nicht zu stören. Wir nehmen nämlich an, daß diese Teile auch dazu beitragen, die Zeitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes auf das unhaltbare Vorgehen von gewissen Personen gegenüber Andersorganisierten aufmerksam zu machen. Wir empfehlen den sozialdemokratisch organisierten Arbeiterinnen den Absatz 12 der „Verhaltensregeln für Mitglieder“, den sie in ihrem eigenen Mitgliedsbuch auf Seite 4 nachlesen können, der da lautet:

„Im Betriebe hat sich das Mitglied eines kollegialen solidarischen Verhaltens zu befleißigen und vor allem die Interessen der Gesamtheit zu respektieren.“

Unsere Mitglieder aber mögen aus den Vorgängen die richtige Lehre ziehen und auf dem beschrittenen Wege weiter arbeiten. Die Stärkung der jungen Ortsgruppe ist die beste Antwort auf solche Anpöbeleien.

**Rheine.** Aus den hiesigen Betrieben. In Nr. 11 dieses Organs, worin die Arbeitsverhältnisse in Rheine einer Besprechung unterzogen wurden, wurde u. a. berichtet, daß das Straßensystem in hoher Höhe stehe. Hierin hat sich trotz der Versicherung eines Obermeisters, daß es einem Leid tue, wenn man bestrafen müßte, noch nichts geändert.

Auf eine ganz merkwürdige Art und Weise versuchte es die Firma F. A. Hammerstein, die Arbeiterschaft an ihren Betrieb zu fesseln, und zwar dadurch, daß man den erkrankten arbeitsunfähigen Arbeitern und Arbeiterinnen einen Wochenlohn zurückbehält, der nicht eher zur Auszahlung gelangt, als bis nach der Genesung die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Das Gewerbegericht mußte die Firma eines besseren belehren. Humaner Behandlung der Arbeiterschaft, guter Lohn und Begünstigung des Unteroffizierentums sich jeder Firma bedeutend besser gute, zufriedene und fleißigste Arbeiter als irgend etwas anderes. In einer anderen Firma war ein Arbeiter längere Zeit schwer krank und arbeitsunfähig gewesen. Nach erfolgter Genesung meldete sich derselbe, da er während der Krankheit weder entlassen noch gekündigt war, wieder zur Arbeit an. Aber mit des Geschäftes Wächters ist kein unger Mund zu sprechen; in einer kühnsten brutalen Art und Weise wurde dem Arbeiter seitens

des Obermeisters bedeutet, daß man für ihn keine Arbeit mehr hätte. Und da entrißte „man“ sich, wenn „man“ von einem geringen sozialen Verständnis spricht Wohl wissend, daß dem Firmeninhaber die Vorgänge nicht bekannt seien, wandte sich der Arbeiter an diesen, der dann auch sofort die Einstellung verweigerte. Allerdings, die nachfolgenden Wehen veranlaßten den Arbeiter, den Betrieb möglichst bald zu verlassen. Dieser Vorgang beweist zur Genüge die Ansicht der Arbeiterschaft, daß die Firmeninhaber lange nicht immer recht unterrichtet sind und es läge im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, wenn die Firmeninhaber etwas mehr von den Vorgängen in ihren Betrieben erfahren. Allerdings darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich die Arbeiterschaft bei allem Vorgehen auf ihre Organisation stützen muß; ohne dieselbe ist weder humane Behandlung, noch sonst etwas zu erwarten. Man ist erhaunt über die Erbitterung der Arbeiterschaft, welche sich besonders im Umanen offenbart, aber das einzige Hilfsmittel in Anwendung zu bringen, sich zu organisieren und so mit vereinten Kräften auf Abhilfe zu bringen fällt noch so wenigen ein. Allerdings auch hier macht sich eine Wendung zum Besseren bemerkbar und es sind für die Zukunft die besten Aussichten vorhanden. Nur bedarf es dazu der intensiven Mitarbeit aller Kollegen und Kolleginnen.

**Schiffbed.** Ihr 14. Stiftungsfest feierte unsere Ortsgruppe am vorletzten Sonntag. Musikalische Darbietungen, Feste des Bezirksleiters Kollegen Lenzing, verschiedene Spiele sowie ein gemütliches Tanzfräulein hatten eine vorzügliche Stimmung geschaffen. Die Mitglieder gelobten sich, auch in Zukunft treu zur christlichen Gewerkschaft zu stehen. Sellen nur nehmen wir das Verbandorgan in Anspruch. Wenn wir es jetzt tun, dann zu dem Zweck, um unsere Kollegen draußen im Lande, die ja alle glauben, sie hätten es am Schlimmsten, zu zeigen, unter welchen Verhältnissen wir hier für die Gewerkschaft zu arbeiten haben. Hamburg ist als sozialdemokratische Domäne bekannt. Schiffbed, ein Hamburger Vorort, steht in dieser Beziehung hinter Hamburg nicht zurück. Unsere „Genossen“ können es jetzt, nach 14-jährigem Bestehen der Ortsgruppe, noch immer nicht verstehen, daß wir eine eigene, selbständige Organisation haben. Wahrscheinlich werden sie es auch nie lernen.

In neuerer Zeit versichert der Lokalbeamte des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes aus Hamburg an unsere Mitglieder Zirkulare, worin ihnen beschieden wird, daß sie auf Grund eines Beschlusses des sozialdemokratischen Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1903 binnen sechs Wochen zu dem „autständigen“ (steht tatsächlich darin, D. B.) „deutschen“ Textilarbeiterverband überzutreten müssen.

Herr Frauböse wird mit seinem, aus der Rummelkammer geholten Kongreßbeschlusse keinen Fund hinter dem Ofen hervorlocken. Noch viel weniger Mitglieder unseres Verbandes ködern. So dumm wie er sich das vorstellt, sind unsere Leute nun doch wohl nicht. Unsere Vertrauensleute werden auf ihrem Rundgang nachspioniert, um auf diesem Wege die Adressen unserer Mitglieder gewahrt zu werden. Gena besonders hat man es auf unsere führenden Kollegen in der Ortsgruppe abgesehen. Man genierte sich nicht einmal, wobei bei der Direktion vorstellig zu werden, um haltlose Verdächtigungen gegen unsere Vorstehenden vorzubringen. Natürlich hat man auch hiermit keinen Erfolg erzielt.

Da nun ein großer Teil der Schiffbeder Futearbeiter vom „deutschen“ Verband nichts wissen will, arbeitet man in der Agitation mit den größten Mitteln. In letzter Zeit wurde den Unorganisierten allgemein zu verstehen gegeben, es würde noch im Sommer zum Streit kommen. Also sei es die höchste Zeit, dem „autständigen“, „deutschen“ Textilarbeiterverbande beizutreten. Wie sehr man mit solchen Agitationsmitteln die wirklichen Interessen der Arbeiterschaft schädigt, können die Schiffbeder Futearbeiter zu ihrem Schaden zur Zeit beobachten. Da der Geschäftsgang des Betriebes zur Zeit etwas zu wünschen übrig läßt, erließ die Direktion am Abend des 1. Mai eine Bekanntmachung, wonach die Arbeitszeit eingeschränkt wird. Zweifelloß ließ sich die Fabrikleitung bei ihrer Veröffentlichung von der Nebenabsicht leiten, der „deutschen“ Agitation einen Dämpfer aufzusetzen. Wie sehr sie ihren Zweck erreicht hat, sah man bei der anlässlich der Maifeier veranstalteten Versammlung. Dieselbe war noch nie so schlecht besucht wie in diesem Jahre. Es fehlten eben zum größten Teil die Futearbeiter.

Aus Vorstehendem kann man sich schon einigermaßen ein Bild machen, unter welchen Verhältnissen wir hier zu kämpfen haben. Wer nun glauben sollte, wir wären mutlos, der irrt sich gewaltig. Aus den steten Kämpfen schöpfen wir eben unsere Kraft. Es ist uns jetzt 14 Jahre möglich gewesen, die Fahne der christlichen Organisation hochzuhalten. Was im Kampf gekämpft wird, auch in Zukunft bestehen bleiben, trotz aller Liebesmüh der Genossen. Hieran wollen mitarbeiten der Vorstand, die Vertrauensleute und alle Mitglieder.

**Schelllingen.** Unsere neuerstandene Ortsgruppe hielt am Freitag, den 15. Mai eine Mitgliederversammlung ab, an der sich fast sämtliche Mitglieder beteiligten. Kollege Kammer sprach über das Thema: „Die Aufgaben der Ortsgruppen und ihrer Funktionäre“. Redner gab zunächst ein anschauliches Bild über die Entstehung und Entwicklungsgeschichte unseres Verbandes und behandelte dann ausführlich die Aufgaben der Mitglieder, Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder. Nach Schluß des Referates wurde die bevorstehende Hausagitation besprochen und dazu ein Arbeitsplan aufgestellt, welcher die Zustimmung aller Mitglieder fand. Einige gemeinschaftlich gesungene Lieder beschloffen die sehr angeregt verlaufene Versammlung.

**Schönnau.** Volksbildungsabend. Unsere Ortsgruppe veranstaltete am 10. Mai im Saale des „Bierlöwen“ einen Volksbildungsabend, der gut besucht war; besonders war die Jungmannschaft zahlreich vertreten. Das reichhaltige Programm wurde glatt abgemacht. Die Kollegen Rümmele und Buchner auch Vörrach behandelten die soziale Frage in interessanter und leicht faßlicher Weise. Der Einfluß der Maschinen auf den Arbeiterstand, bezw. die Konkurrenz, die dieselben dem Arbeiter machen; das überraschende Heranwachsen des vierten Standes; die Stellung des Arbeiterstandes zu den anderen Ständen; die Behandlung des Arbeiterstandes in früheren Jahren usw., das waren so die Hauptpunkte der sehr lehrreichen Vorträge. Den Hauptpunkt des Abends bildeten aber unstreitig die Lichtbildervorführungen über Manniers Kunstwerke. Fürwahr, dieser belgische Künstler hat es trefflich verstanden, seine Werke der Wirklichkeit abzulassen. Bilder aus Belgiens Bergbau, aus der Landwirtschaft, aus Handel und Schifffahrt, zogen an den Augen der Zuschauer vorüber. Da waren es vor allem die Bergleute, die das meiste Interesse in Anspruch nahmen. Von tausend Gefahren umgeben über diese Felder der Arbeit ihr Tagewerk aus, nicht wissend bei der Einfahrt, ob sie wieder lebend die Oberfläche der Erde erreichen werden. Hervorgehoben muß noch werden, daß die Streikmuffel sich in unheimlicher Weise für den Abend zur Verfügung stellten.

Dieselbe war mit ihrem unermüdblichen Dirigenten, Herrn Abolph Weigel, vollständig erschienen, und ihre vorzüglichen Leistungen trugen wesentlich zur Verschönerung des Abends bei. Möge das Schlusswort unseres Bezirksleiters Rümmele von allen Anwesenden beherzigt und auch befolgt werden!

**Baals.** Unsere letzte Mitgliederversammlung verlief sehr anregend. Kollege Speth erstattete den Rechenschaftsbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Das Referat hielt Gewerkschaftssekretär Kollege Hamacher aus Aachen. Derselbe schilderte die traurige Lage der Appreturarbeit in den Textilbetrieben und teilte mit, daß nach angestrengter Kattation in letzter Zeit über 300 Arbeiterinnen, meistens Stöpperinnen, sich dem Verbandsangehörigen hätten. Er verbreitete sich dann über die englische Arbeitszeit, die bereits in fünf Tuchfabriken in Aachen eingeführt worden sei, und beleuchtete die Tätigkeit der Sozialdemokraten, die wohl immer Forderungen stellen, aber die praktische Durchführung den christlichen Gewerkschaften überlassen. Schaf kennzeichnete er auch diejenigen, die besonders den früheren, hochverdienten Vorsitzenden Sittenich tadeln und verleumdete. Dieser Arbeiterführer habe sich vollständig für die christliche Arbeiterbewegung aufgeopfert. Mit einem warmen Appell, immer verteidigend und agitatorisch für den christlichen Textilarbeiterverband einzutreten, schloß der Redner sein interessantes Referat. In der Diskussion wurde noch besonders die Wirksamkeit und die Kompetenz der Fabrik-Ausschüsse erörtert.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ein Aufruf zu einer Stöckerstiftung wird (soeben von der Kirchlich-sozialen Konferenz) verfaßt und wird vom Generalsekretariat der Freien Kirchlich-sozialen Konferenz, Berlin N. W. 87, Eise Warbenbergstr. 28 unberechnet abgegeben. Die Stöckerstiftung dient der Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Gaben werden auf das Postcheckkonto der Konferenz, Berlin N. W. 7, Nr. 1112 erbeten. Quittung erfolgt in den Kirchlich-sozialen Blättern.

## Juristischer Briefkasten.

Alle Anfragen sind an die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung zu richten. Die Antwort erfolgt in der Regel nach 14 Tagen.

**Nach Oronau:** Die Armenverwaltung darf unter den geschützten Umständen die Unterführung nicht verweigern. Wenn sie glaubt, daß die Frau den Mann unterstützen muß, so kann sie von der Frau nur Zurückzahlung dessen verlangen, was sie (die Armenverwaltung) an den Mann gezahlt hat. Gegen ein solches Verlangen kann dann die Frau — nötigenfalls im Armenrecht — bei Gericht klagen. Die Frau ist allerdings, wenn es billigerweise von ihr verlangt werden kann — das hängt von den Umständen ab — verpflichtet, zu arbeiten, um ihren erwerbsunfähigen Mann zu unterstützen. Der Artikel in der Westdeutschen Arbeiterzeitung steht dem nicht entgegen. Dort war ausgeführt, daß der Mann seine Frau stets unterhalten muß, auch wenn diese nicht verdient, obwohl sie es könnte. Die Frau dagegen braucht den Mann nur zu unterhalten, wenn dieser sich selbst nicht unterhalten kann.

## Versammlungskalender.

Woburg. 4. Juni, 7 Uhr, im Lokale zum Jägerhof, Generalversammlung.  
Emsdetten. 7. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Laumann.  
Grefrath. 7. Juni, 11 Uhr, bei W. R. Hammes.

## Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:  
Maria Krieger in Atzenbach.  
Nikolaus Cloot in Eupen.  
Maria Heider in Füssen.  
Hubert Ranfont in Aachen.  
Jakob Spiegels in Kempen.  
Ehre ihrem Andenken!

## Inhaltsverzeichnis.

Pfingstfreude. — Artikel: Was uns zur Organisation zwingt. — Internemergiane und Arbeiteröhne in der Textilindustrie. — Zirkusreden und Wirklichkeit. — Nun erst recht Sozialreform. — Feuilleton: Zugvogel. — Allgemeine Rundschau: Wahlen zu den Versicherungsausschüssen. — Erbauungswürdige Wurstelei. — Die Gewerkschaften politische Vereine? — Unglaublich, aber wahr! — „Neutrale“ Konsumvereine. — Heraus mit dem politischen Massenstreik! — Herunter mit der Maske! — Hoffentlich gelingt nicht. — Einiges über die Ausrichtung von Baumwollfäden. — Aus unserer Industrie: Ausdehnung der russischen Kammgarnspinnereien. — Verschärfung des Konfliktes in der Krawattenbranche. — Exportbestrebungen in der japanischen Textilindustrie. — Ueber die Wollschafzucht in Deutsch-Südwestafrika. — Ehre der Verbundausstellung und Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit: Glaucha-Meerane. — Aus unserer Region: Wirtschaftskrise und Lohnbewegungen im M. Glabacher Bezirk. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Hannover. — München. — Nürnberg. — Rheine. — Schiffbed. — Schelllingen. — Schönnau. — Baals. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Ein Aufruf zu einer Stöckerstiftung. — Juristischer Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel.